

Bezugspreis:

Vierteljahr 9.— 3/4, monatl. 3.— 3/4, frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 4.— 3/4, ggf. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.25 3/4, für das übrige Ausland 10.25 3/4, bei täglich einmal, Zustellung 8.25 3/4. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Böhmen, Schweden u. die Schweiz, Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die abgehaltene Konzeptionsliste kostet 1.20 3/4. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 50 Bg. (außer 3 langgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Bg. Stellengröße und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 40 Bg., jedes weitere Wort 20 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Erneuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Beträge-Anzeigen 1.50 3/4 die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 10. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Ratifikation durch den Reichspräsidenten.

Dem Beschlusse der Nationalversammlung folgend, hat am Mittwoch, abends 8 Uhr, der Reichspräsident Ebert die Ratifikation des Friedensvertrages vollzogen.

Der traurigste Akt in der Geschichte Deutschlands ist vollzogen. Der Friedensvertrag, der unter dem fürchterlichen Druck der Feinde Deutschlands unterzeichnet worden ist, hat gestern der Nationalversammlung in Weimar zur Ratifikation vorgelegen. Die Nationalversammlung hat mit 208 gegen 115 Stimmen die Bestätigung des Friedensvertrages beschlossen. Und gestern abend 8 Uhr ist vom Reichspräsidenten Ebert die Ratifikation vollzogen worden. Damit ist von Seiten Deutschlands der Schlußstrich unter die fürchterliche Tragödie gezogen worden, deren Wirrungen seit den Augusttagen des Jahres 1914 Europa mit Blut und Tränen getränkt haben.

Leider ist in der Nationalversammlung die für diesen Tag erforderliche Würde durch taktloses und unpolitisches Kraftproletariat der Deutschnationalen gestört und auch bei dieser Gelegenheit das Gift des Parteigeiznisses aufgerührt worden. Wir hätten in dieser geschichtlichen Stunde ein anderes Bild erwartet.

Mit der Ratifikation des Friedens durch Deutschland ist der Frieden noch nicht endgültig geschlossen. Erst müssen drei der gegnerischen Großmächte ihrerseits die Ratifikation vollzogen haben, bevor der Friedenszustand auch formell eintritt. Aber Voraussetzung nach wird die Ratifikation bei einigen der Westmächte nicht lange auf sich warten lassen. Immerhin ist es angebracht, auf die großen Schwierigkeiten hinzuweisen, die Italien gegenwärtig zu durchlaufen hat und die die Ratifikation des Friedens durch Italien stark verschleppen, wenn nicht gar gefährden können. Außerdem wird in Amerika um den Frieden noch ein sehr lebhafter Kampf entbrennen, der immerhin sich praktisch in einer Verzögerung der Ratifikation äußern kann. In Japan wird man sich vor Ablauf von 4 bis 5 Wochen nicht mit dem Abschluß des Friedensvertrages beschäftigen können. Immerhin ist damit zu rechnen, daß seitens Englands, Frankreichs und Amerikas in nicht allzu weiter Entfernung die Ratifikation erfolgt.

Was wir durch den gestrigen Tag für das deutsche Volk unmittelfach erhalten, ist die Zurückgabe unserer jahrelang von ihren Fesseln ferngehaltenen Kriegsgefangenen. Diese Kerls, die ihre Familien und ihr Vaterland so lange entbehren mußten, und die durch die hermetische Abschließung von allen Nachrichten über die in Deutschland neugeschaffenen Verhältnisse nur ein ganz unvollkommenes Bild haben, das in der Hauptsache auf Gerüchte und Einzelmitteilungen sich stützen kann, werden nun wieder in die Heimat zurückgeführt. Das ist das einzige Licht, das wir in dieser dunklen Zeit sehen.

Mit banger Sorge blickt das ganze Volk auf den Tag, wo drei der gegnerischen Mächte die Ratifikation vollzogen haben werden. Von diesem Zeitpunkt an datiert die Zukunft Deutschlands. Millionen deutscher Staatsangehöriger an allen deutschen Fronten und auf ehemals österreichischem Gebiet werden unter fremde Herrschaft und fremde Kultur gezwungen. Von diesen Brüdern müssen wir Abschied nehmen, auf wie lange, wissen wir nicht, aber wir haben die feste Hoffnung, daß es nur vorübergehend sein kann. Das Wort matter Gewalt, das dieser Frieden ist, kann nicht am Leben bleiben. Wenn die Gewalt, die es stützt, zu bröckeln anfängt, beginnt der Tag der Freiheit für unsere vergewaltigten Landsleute zu tagen. Wenn wir uns von ihnen verabschieden, so möchten wir nicht, daß sie sich einen Tag von uns verlassen fühlen. Unsere Gedanken und unsere Gefühle werden stets mit ihnen sein, und in allen Bitternissen, die sie unter der fremden Herrschaft werden ertragen müssen, wird ihnen das deutsche Volk treu mitführend zur Seite stehen und mit ihnen nach dem Tag hungern, an dem teils durch die Ohnmacht der Feinde, teils unter dem Einfluß der Kraft des deutschen Volkes ihre Fesseln gebrochen werden können.

Die deutsche Regierung hat durch den Mund ihrer Mitglieder bei jeder Gelegenheit bekannt gemacht, daß sie ehrlich den Frieden halten und erfüllen werde. Diese von hohem Friedensbedürfnis und dem Bedürfnis endlicher Ruhe für Deutschland diktierte Gesinnung wird von allen Teilen im Volk respektiert werden. Aber wir dürfen uns keinen Augenblick darüber einer Täuschung hingeben, daß wir auch bei dem besten Willen nicht fähig sind, die uns auferlegten Bedingungen zu erfüllen. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Armutszustände Deutschlands, der starken moralischen Erschütterung unseres Volkes und der starken Bemühnisse, die dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft durch den Friedensvertrag bereitet worden sind, ist selbst daran nicht zu denken, daß der Frieden in dem Umfang erfüllt wird, der durch die deutschen Gegenverschlüsse auf das Friedensbedürfnis der Gegner vorgesehnet worden ist. Eine Erfüllung dessen, was wir erfüllen können, wird aber von den Gegnern zweifellos nicht als Friedens-erfüllung anerkannt werden. Es ist deswegen gut, daß man sich

jetzt schon auf ernste Bemühnisse zwischen den Unterlegenen und den Siegern gefaßt macht.

Wenn wir uns nicht selbst als freies Volk aufgeben und in unwürdige Sklaverei begeben wollen, so müssen wir von Stund an die Widerstände in unserem Volke gegen diesen Frieden der Schmach und der Vergewaltigung festigen. Die Regierung mag den guten Willen haben, Konfliktsfälle zu vermeiden, die schwierige Situation Deutschlands aber macht es ganz unmöglich, ihnen aus dem Wege zu gehen. Nur eines könnte sie verhindern: das wäre eine Befinnung der Gegner auf das Recht. Wenn diese erkennen würden, was ausländische und auch feindliche Blätter wiederholt geschrieben haben, daß dieser Frieden nichts anderes als die Pause zwischen zwei Kriegen ist, und wenn sie deshalb alle unmenslichen Härten und entwürdigenden Bedingungen nachträglich herausnehmen würden, so wäre es möglich, zu einem Zustand zu gelangen, der uns zwar sehr harte Bedingungen zu erfüllen verpflichtete, aber der doch wenigstens in unserem Herzen das reine Gefühl für einen wirklichen Frieden aufkommen ließe.

Dieser Frieden ist kein Frieden! Und wenn er von allen Mächten ratifiziert würde, und wenn er durch tausend Sieges- und Jubelfeiern verherrlicht werden würde, kein Mensch in Deutschland erkennt ihn innerlich an. Jeder Mann lehnt ihn als brutale Gewalttat ab. An den Gegnern liegt es jetzt, ihn so zu verändern und so zu korrigieren, daß er in Deutschland als Frieden empfunden werden kann. Nur dann kann es zu einem Dauerfrieden kommen!

Die Nationalversammlung und die Ratifikation des Friedens

Weimar, 9. Juli. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung, in der die Ratifikation des Friedensvertrages auf der Tagesordnung stand, wird zu den denkwürdigsten Tagen der deutschen Geschichte gehören.

Die Anteilnahme des Hauses war außerordentlich stark, die Tribünen waren überfüllt und auf aller Bänken lag eine gewisse Erregung, die noch durch die Verzögerung des Beginnes der Sitzung gesteigert wurde.

Mit ruhiger Stimme, die sich von Zeit zu Zeit hob, um seine Worte wirkungsvoll zu unterstreichen, trug der Reichsminister des Auswärtigen Müller seine Ausführungen vor. Er fand den Beifall des ganzen Hauses, als er erklärte, daß heute und immer der einstimmige Protest gegen diese Vertrag gewordenen Vergewaltigung aufrecht erhalten werde. Besonders nachdrücklich legte er auf die Betonung, der unbedingten Vertrags-treue. Er sprach die Hoffnung auf baldige Rückkehr unserer Kriegsgefangenen aus und fand damit ebenso die beifällige Zustimmung des Hauses wie mit dem Dank an die Neutralen für ihre Fürsorge für unsere Kriegsgefangenen. Er schloß mit der Versicherung, daß wir niemals derer vergessen werden, die jetzt in Erfüllung des Friedensvertrages vom Deutschen Reich getrennt sind. Der starke Beifall, der seinen Ausführungen folgte, fand einen Widerhall in den nachfolgenden Debatten, in denen von allen Parteien Erklärungen abgegeben wurden, die sich im wesentlichen mit der bereits bekannten Stellungnahme der einzelnen Parteien deckt.

Eine recht lebhafte parteipolitische Auseinandersetzung gab es noch bei der Besprechung eines Antrags der Deutschnationalen auf Einholung eines Gutachtens von Völkerrechtsexperten über die Zulässigkeit der Bildung eines Gerichtshofes zur Aburteilung von Verbrechen gegen das Völkerrecht sowie der Einsetzung eines neutralen Gerichtshofes zur Untersuchung der Schuldfrage. Dieser Antrag wurde schließlich abgelehnt und der Gesetzentwurf zur Ratifikation des Friedensvertrages in nammentlicher Abstimmung mit 208 gegen 115 Stimmen angenommen.

51. Sitzung vom Mittwoch, 9. Juli 1919, 10 Uhr. (Schluß aus der Abendausgabe.)

Abg. Krönig (Soz.) erklärt namens der sozialdemokratischen Fraktion: Wir stimmen der Ratifikation zu aus denselben Gründen, die uns neulich veranlaßten, der Regierung die Vollmacht zu erteilen, den Vertrag zu unterzeichnen. Noch immer zehntausende Deutsche in Gefangenschaft.

Mit der Ratifikation reißen wir die Schranken nieder, die diesen Opfern des Weltkrieges die Heimat und die Familie verbergen. Wir protestieren gegen den Genozidfrieden, der die Verschönerung der Völker hinterläßt und Europa zu einem Explosionsherd für neue blutige Kriege zu machen droht. Wir werden nie aufhören, dagegen zu protestieren, daß GIsch-Völklingen unter Nachachtung des Selbstbestimmungsrechts

an Frankreich abgetreten werden muß. Nie werden wir uns damit abfinden, daß man unser Vaterland in Stücke reißt und eine große Anzahl von Volksgenossen unter fremde Herzen bringt. Wir geloben heute: die uns entriessenen Landesteile werden wir nie vergessen, sondern alle Zeit dafür sorgen, daß sie als Deutsche nicht zugrunde gehen.

(Beifall.) Angereicherter Reich des Bündnis mit Österreich und die Hoffnung, daß alle Deutsche auf Grund des Selbstbestimmungsrechts alle in einem Einheitsstaat vereinigt werden. Protest erheben wir gegen die Wegnahme unserer Kolonien.

Das deutsche Volk wolle diesen Krieg nicht.

Der Krieg war nicht das Werk einzelner Personen, sondern des imperialistischen internationalen Kapitalismus — und wer unser Volk als den Schuldigen am Krieg hinstellt, spricht eine wissenschaftliche Unwahrheit aus. Wir werden uns bemühen, den Vertrag loyal durchzuführen. Wenn erst die Erregung, die unseren Volksgenossen jetzt erschüttert infolge der unerhörten Kriegsnot, vorüber ist, dann wird der Welt offenbar werden, daß die kulturfördernde Arbeit des deutschen Volkes aus diesen Fesseln frei gemacht werden muß. Das wird geschehen in dem

Zusammenwirken der Klassenbewußten Arbeiter aller Länder.

Wir sind überzeugt, an einem Tage wird sich die Macht der internationalen Klassenbewußten Arbeiter höher erweisen als der Imperialismus. Dann wird auch das Unrecht dieses Krieges widerufen werden.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Der Friedensvertrag entspricht nicht den Grundfähn des die Völker verbindenden christlichen Geistes, sondern ist das Ergebnis einer uns bis über den Friedensschluß hinaus verfolgenden Unverschämtheit. Das Reich wird nach besten Kräften suchen den Vertrag zu erfüllen, aber binnen kurzem wird es sich zeigen, daß er in vielen und wesentlichen Teilen unerfüllbar ist.

Abg. Schäding (Dem.):

Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei erklärt, daß sie dem Besch über den Friedensvertrag nicht zustimmen kann, sie überläßt vielmehr diese Zustimmung der Mehrheit des Hauses, die am 27. Juni die Regierung ermächtigt hat, diesen Frieden zu unterzeichnen. Wir protestieren feierlich vor aller Welt gegen diese

Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

(Lebhaftes Bravo.) Wir setzen unsere Hoffnung auf das Gewissen der Welt und auf das Wiedererwachen und Erstarken des Rechtsgebanens. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Deutsche Brüder und Schwestern im Norden, im Westen und im Osten, wir deutsche Demokraten ruhen euch zu: Weib Deutschland treu! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Traub (Dnat. Sp.):

Im Namen der deutschnationalen Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Einmütig hat die deutschnationale Fraktion beschlossen, der Ratifizierung des Friedensvertrages zu widersprechen.

Wir sind uns der Folgen einer Ablehnung voll bewußt, gerade deswegen aber lehnen wir die Verantwortung für diesen Vertrag ab. Keiner entschäftigt sich sodann in großer Breite mit den Reden Lloyd Georges und Clemenceaus. Die Wunde dieses Friedensschlusses wird nie vernarben, sie soll nicht vernarben. (Stürmischer Beifall rechts, auch auf den Tribünen lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Fehrenbach: Es ist der Tribüne nicht gestattet, sich an Beifallskundgebungen zu beteiligen. (Rufe bei den Unabhängigen: Bestellte Arbeit!) Im Falle der Wiederholung werde ich die Tribünen räumen lassen. (Große Unruhe.)

Abg. Dr. Kohl (D. Sp.): Die Deutsche Volkspartei erklärt, daß sie ihre Zustimmung zur Ratifikation dieses Friedensvertrages nach bestem Wissen und Gewissen nicht zu geben vermag. Wir lehnen einen solchen Frieden heute und immer ab. (Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Heule (N. Soz.)

erklärt im Namen seiner Partei: Auf unsere Initiative ist die Regierung am 22. Juni zur Unterzeichnung des Friedens veranlaßt worden. (Gelächter im ganzen Hause.) Wir stimmen dem Friedensvertrage zu

unter dem Zwange der Gewalt, gegen die wir uns nicht wehren können. Wir reichen den Proletariern der ganzen Welt die Bruderhand zum Kampfe für die Weltfreiheit. (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen.)

Abg. Winnig (Soz.) erklärt im Namen der Abgeordneten des Ostens: Die Bestimmungen des Versailles Friedens über den Verbündeten und vereinten Mächten selbst geforderten Rechtsgrundlage. (Zustimmung.) Darauf gestützt, legen die Abgeordneten des Ostens zugleich im Namen der von ihnen vertretenen Bevölkerung in dieser weltgeschichtlichen Stunde einmütig feierlich Bewahrung ein gegen die Zurücksetzung des deutschen Ostens. Einmütig kommen der Tag, da der Sieg des Rechts das Unrecht von Versailles wieder gut machen wird. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Abg. Adolf Hölzle (F.) legt namens der Abgeordneten und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland losgerissenen

Gebietsteile Verwahrung gegen das Unrecht ein, das den Ländern und der Bevölkerung dieser Gebiete geschehe.

Abg. Waldstein (Dem.) im Namen der Abgg. Schleswig-Holstein.

Präsident Fehrenbach: Ein echter deutscher Stamm kann in dieser Stunde nicht zu Ihnen sprechen, Etsch-Lothringen. Ich fühle mich vor der Nationalversammlung verpflichtet, mich der Verwahrung der Vertreter der anderen von Deutschland losgerissenen Gebiete anzuschließen.

Abg. Schiffer (Dem.) zur Geschäftsordnung: Vor Eintritt in die zweite Beratung bitte ich um Einlegung einer Pause.

Der Präsident benimmt die nächste Sitzung um 12 1/2 Uhr an.

Das Haus geht zur zweiten Beratung des Ratifizierungsgesetzes über. Inzwischen haben die Deutschnationalen ihre Entscheidung umgeändert zu einem Abänderungsantrag zum Gesetzentwurf selbst, so daß dieser lauten würde, der Unterzeichnung des Friedensvertrages werde zugestimmt unter Vorbehalt, wie es in der Entscheidung ausgesprochen war.

Abg. Dr. Schiffer (Dem.): Wir werden gegen den Antrag stimmen und bedauern, daß er überhaupt eingebracht wurde. (Sehr richtig!)

Abg. Groeder (Z.): Sonderbar genug lag uns der Antrag der Deutschnationalen erst in letzter Minute nur in einem Exemplar in der Hand des Präsidenten vor.

Heute heißt es nur: entweder dafür oder dagegen stimmen.

Welchen Zweck Sie (nach rechts) mit Ihrem Antrage verfolgen, darüber ist niemand in diesem Hause im Zweifel. (Sehr wahr und lebhaft Zustimmung b. d. Mehrheitsparteien.) Sie wollen Ihre Parteifuppe an diesem Antrage lösen. (Sehr wahr u. lebhaft Zustimmung b. d. Mehrheitsparteien.) aber wir wollen dafür sorgen, daß ihnen dieses Manöver nicht gelingt. (Lebh. Zustimmung b. d. Mehrheitsparteien.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat. Sp.): Daß der Antrag, den wir in letzter Stunde eingebracht haben, noch nicht gedruckt vorliegt, ist nicht unsere Schuld, das Bureau ist nicht in der Lage gewesen, ihn zu drucken. Unser Antrag ist der letzte Satz nach Berechtigtheit eines Volkes, daß dem Untergang bestimmt ist. (Verfall rechts.)

Reichsminister des Auswärtigen Müller:

Ich bedauere ganz außerordentlich, was wir in dieser historischen Stunde erleben müssen. Im übrigen glaube ich:

die Zeit der Vorbehalte ist vorbei,

heute kann es nur ein Ja oder Nein geben. Was würden unsere Feinde in diesem Antrag sehen? Nichts weiter als ein letzte Manöver, eine letzte Schiebung. (Sehr richtig! und lebhaft Zustimmung b. d. Mehrheitsparteien.) Ich glaube die Schiebergeschäfte auch in der Politik müssen ein für allemal vorbei sein. Nur mit loyalen Mitteln können wir die Revision des Vertrages erreichen, aber mit solchen Anträgen wird sie schlecht eingeleitet.

Abg. Loebe (Soz.): Das Generalsekretariat der Deutschnationalen Volkspartei hat hier kundgegeben, daß die Situation der niederschmetternden

Friedensbedingungen ogltatorisch ausgedrückt

werden müsse. (Hört, hört!)

Die Ablehnung ergibt die Ablehnung des Antrages der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Mitglieder der deutschen Volkspartei und die Annahme des Gesetzentwurfes ohne Änderungen.

Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach tritt das Haus zugleich in die dritte Beratung ein.

Auf Antrag wird nicht verhandelt.

Auf Antrag des Abgeordneten Richter-Dippreußen (Dt. natl.) erfolgt namentliche Abstimmung.

Daran beteiligen sich 323 Abgeordnete: 208 mit ja, 115 mit nein.

Damit ist das Gesetz angenommen.

Schluß 1,20 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch, nachmittags 8 Uhr.

Das neue Sprachrohr der Regierung. Das „All-Abendblatt“ wird in jüngerer Zeit mit besonderer Vorliebe als Publikationsorgan der sozialdemokratischen Minister benützt. Nach Schöberl, Scheidemann und Haenisch hat das Blatt am Dienstagabend auch vom preussischen Ministerpräsidenten Hirsch einen Artikel veröffentlicht.

Der Schlusakt.

Von Josef Altmaier.

Es ist still geworden in Versailles, im Schloß, im Park und im Hotel des Reservoirs. Brodorski-Ranhan, der feinsinnige Mensch und gewandte Diplomat, vor dem selbst die Franzosen große Achtung haben, ist abgereist mit der Delegation und dem Schwarm der Sachverständigen, unter denen mancher der besten Köpfe Deutschlands zu finden ist. Der ernste Fleiß ist verstanden, der alle Räume von oben bis unten Tag und Nacht durchzog. Selbst die Journalisten sind lässig geworden, unter denen sonst eine wilde Schjagd und ein heulendes Klagen über die Nachrichten, Telefon und Telegraph. Während sonst die zahllosen Schreibmaschinen wie Raschengeräusche knatterten, hört man jetzt nur noch langsam und selten das Tappeln. Im Park sieht man keine aufgeregten Gruppen mehr. Die Wenigen, die zurückgeblieben, füttern sogar die Fische. Morgens kommt höchstens ein Kurier aus Deutschland, und die Abfahrten vollziehen sich des Abends still und geräuschlos. Ein einziges Auto genügt für Gepäck und Reisende, nur drei, vier drücken den nach Deutschland Fahrenden die Hand, wo sonst Dutzende in der Dämmerung standen. Abend für Abend und einen Gruß mitgaben nach Deutschland, nach dem sie Sehnsucht hatten, Heimweh, trotz des Ueberflusses, in dem man schwelgen konnte. Heimweh nach dem armen, ausgehungerten Land, zu dem man gehörte und vor dem man sich innerlich schämt, wenn man an den vollbesetzten Tafeln saß, die uns Frankreich für teures Geld hinstellte. Man hört nicht mehr Klavier, Flöte und Grammophon in dem Sitzungssaal der Delegation, die dort spielten, wenn die Delegierten betreten. Die Franzosen, die dort Mikrophone angebracht hatten, um von ferne die Gespräche abzuhören, konnten höchstens, wenn Richard Wagner's „Nied an den Abendstern“ gar zu mühsam hindurchklang, „Unstimmigkeiten in der Delegation“ feststellen. Das Klavier klang nicht mehr, nicht mehr konnte die Flöte und kein Grammophon krächzen. Die Funktionäre auf dem Dach war abgebaut, abgefahren der Wagen mit der Delegation aus dem ehemaligen großen Hauptquartier, die Telegraphenbeamten, die schon in Dress-Uniform dabei waren, lagen jetzt faul im Gras und des Nachmittags stauten sich nicht mehr vor den Statuen unseres Gesandnisses die neugierigen Pariser, die einmal einen „Blick“ sehen wollten. Still war es geworden. Im Park, im Hofe und in den Gebäuden.

Der Tag des Schlusaktes war gekommen. Von Tag zu Tag war die Ungeduld Frankreichs gewachsen. Die Zeitungen schimpften, daß „nur“ ein Müller zum Unterzeichner bestimmt wurde. Ein Graf oder Baron wäre ihnen lieber gewesen, ihnen, den Republikanern, denen ein Titel ein Stück „Glorie“ bedeutet. Endlich kommen die Väter, die Photographen von Müller und Bell bringen, das Kästchen hat aufgehört: morgen ist der Tag des Ruhmes, der große Tag. Am Abend vorher erwarteten die Pariser Berichtschreiber und Photographen zäh und ausdauernd die Ankunft und warteten dennoch vergebens, denn der Zug hatte gut vier Stunden Verspätung und traf erst morgens gegen drei Uhr in Koiffy ein, fast in Paris.

Sonntag morgen. Kompetenzsignale und Reitergetrappel

Frankreich vor der Ratifikation.

Aufhebung von Zensur und Belagerungszustand in Sicht.

Paris, 9. Juli. (Havas.) In Erwiderung auf verschiedene Reden in der Abgeordnetenkammer erklärte Pichon, daß die Regierung gewillt sei, die Zensur nach Ratifikation des Friedensvertrages aufzuheben. Derselbe gilt als vollzogen, wenn drei Mächte den Friedensvertrag ratifiziert haben. Gleichzeitig wird auch der Belagerungszustand aufgehoben werden; es wird ein Gesetzentwurf hierüber eingebracht werden, der gleichzeitig die Einstellung der Feindseligkeiten und die Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes verkündet wird. Man wird also damit nicht bis zum Abschluß des Friedensvertrages mit Oesterreich oder der Türkei und Bulgarien warten. Die Regierung ist der Ansicht, daß die Garantien, die im nationalen Interesse in dem Gesetz vom 5. August 1914 niedergelegt worden sind, bis zur Ratifikation des Friedensvertrages in Kraft bleiben müssen. Die Regierung übernimmt die Verantwortung dafür, daß Zensur und Belagerungszustand jetzt nicht aufgehoben werden können, damit falsche militärische und diplomatische Nachrichten, die den inneren Frieden gefährden, unterdrückt werden können.

Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 9. Juli. Von zuständiger Stelle wird erklärt: In einer von einem hiesigen Mittagsblatt gebrachten Meldung aus dem Haag ist von einer Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation Freiherren v. Berner und dem Generalsekretär der Entente-Konferenz Dutasta über die Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen die Rede. Hierin findet sich die Bemerkung, es scheide grundsätzlich fest, die Rücksendung der Kriegsgefangenen in gleichem Maßstabe erfolgen solle, in welchem deutsche Zivilarbeiter in Frankreich zu den Wiederherstellungsarbeiten im zerstörten Gebiet eintreffen. Dieser Auffassung muß auf das Entschiedenste entgegengetreten werden. Deutschland ist selbstverständlich bereit, an dem Wiederaufbau in Nordfrankreich mitzuwirken und zu diesem Zwecke geschulte deutsche Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Es ist indes nicht angängig, die Bereitstellung dieser Arbeitskräfte in irgendeiner Weise mit der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen in Zusammenhang zu bringen; diese hat vielmehr nach Art. 214 des Friedensvertrages ohne weiteres nach Inkrafttreten mit der größten Beschleunigung zu erfolgen.

Die finanziellen Bedingungen für Oesterreich.

Amsterdam, 9. Juli. „Daily Telegraph“ meldet aus Paris, daß die finanziellen Bestimmungen im Friedensvertrag mit Oesterreich ansehnlich große Schwierigkeiten mit sich brächten, da man der Ansicht sei, daß sie den Grundfah bekräftigten, daß die gesamte österreichisch-ungarische Schuld mit Inbegriff der Kriegsschuld auf einer proportionalen Grundlage von allen Staaten, die auf dem Gebiete der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden sind, bezahlt werden müßten. Man könne also erwarten, sehr laute Proteste über den finanziellen Teil des Vertrages zu hören. Dieser Frage werde entschiedene Bedeutung beigemessen, da die Anagnose unter den kleinen Staaten überaus gewachsen sei, obgleich diese Staaten sich nicht von ihrem Gefühl hätten hinreißen lassen und Aug sehen, nicht dem Beispiel Bruttanum zu folgen. Die polnische Regierung sei mit dem Teil des Vertrages, die den Schutz der ethnographischen Minderheiten und die Regelung gewisser wirtschaftlicher Grundfah betrifft, sehr unzufrieden. Italien tue, obwohl es scheinbar mit der Friedenskonferenz einverstanden sei, sein Bestes, um sich für den im April erlittenen Mißerfolg zu entschädigen, während die Lage in Ungarn und Kleinasien zu neuen Entwicklungen führe. Alle diese Anzeichen wiesen auf eine ernste Krisis hin.

wegen Versailles aus dem Schlaf. Kompagnieweise ziehen die Regimenter vor den Trianonpalast und sperren ihn und die umliegenden Straßen. Die Stadt gleicht einem einzigen bunten Heerlager. Feldmarschmäßig bedacht liegen die Infanteristen auf den Bürgersteigen. An den Straßenkreuzungen flattern die weiß-roten Fahnen der Kavalleristen. Jedes Haus trägt läppigen Rahmen-schmuck in den kalten Farben Frankreichs und seiner Verbündeten. Auto folgt hinter Auto. Offiziere und Generale in Gala, dicht fluten die Massen aus Paris, das kommende Schauspiel zu erleben.

Um ein Uhr hebt sich der Vorhang. Die ersten Wagen kommen, die weniger „Ankerlesenen“ dieser Erde bringen, die in den Spiegelsaal dürfen. Zwei Uhr! Fünfzehn deutsche Pressevertreter sind zugelassen, fünfzehn Deutsche werden zum Trianon geleitet. Niemand war ein Gang so schwer. Zum Begrüßnis! Es war als beglückte und Beethovens Adagio, unsagbar traurig, lagend um ein Volk von fünfzig Millionen Menschen, das von solcher Höhe in den tiefsten Abgrund gestürzt war. Weinend um die Taten, die Mütter, die Krüppel; um die Väter, die Söhne und Freunde! Schluchzend um die fünfzehn Millionen Franzosen, Deutsche, Russen, Oesterreicher, Italiener, Engländer, Belgier, Keger, Kanadier, um die fünfzehn Millionen, die in den Waffengräbern saulen! Zitternd um das entsetzliche Elend der vergangenen Jahre, um die nieder-gebrannten Städte und der heimlos gewordenen. Erinnernd an das Glück und den Frieden vor 1914, den Segen der Felder, an die Früchte der Arbeit, an alle die Kränze und Bänder, die die Eintracht und die Wohlthat der Völker geworden hatten. Schatten kommen! Es klagt und weint. Die Schützengräben, die Wüstfelder, die grausen Nächte und sonnenleeren Tage. Schmerzlich klagt es im wunden Herzen, daß kein frischer Frühlingswind den Hag und die Kälte hinwegweht. Es ist, als müsse man aufschreiben, nach Luft, nach Vergebung, nach Menschen, als wären wir allein und verlassen in einer weiten, weiten, wasserlosen, dürren Wüste. Und doch mühen wir uns durch Tausende zum Eingang durchzukämpfen, brandets der Ruf von Zehntausenden an das Ohr, die die Rück-sichten dieser Erde begründen. An jedem Eingang stehen Millionenwächter in Paradeuniform und eine Wächterin in Nationaltracht erinnert an den „Sieg“ Frankreichs. Es sind nur einige Tausend, die Zutritt zum Park haben, wo die großen Wasser zum erstenmal seit fünf Jahren spielen. Es sind nur einige Hundert, die in den zweiten Ring eindringen dürfen, der die Wege zum Schloß einschließt. Es sind nur einige Dutzend, die vor der Terrasse stehen können. Was muß da drinnen vor sich gehen? Wir Deutsche haben unsere Plätze in der letzten Reihe und unsere beiden Delegierten sind eingereicht zwischen den Vertretern der südamerikanischen Regerepubliken. Im Spiegelsaal ein müßtes Durcheinander. Aufen, Schreien, Schreien. Die Mehrzahl der Anwesenden steht auf den Bänken, nach der Mitte schauend, zum Schreibtisch, wo der goldene Federballer liegt, den geiffert zu haben sich Etsch-Lothringen rühmt, die Schallender der verwüsten nordfranzösischen Gebiete und nationale Vereine, die sich um die Ehre freiten. Unsere Lage zerrint beim Anblick des Saales, dessen Menschengetöse und Getriebe einem Menntag gleicht. Dunkle Kräfte, weiße Wesen: Frankreich! Sportanzüge: England und Amerika! Schwarze Jaden und rose Rosen im Knopfluch: Japan! So leuchtet es in allen Farben. Und es schwebt in allen Sprachen der Welt, wie beim Turmbau zu Babel, dem der Vertrag abweilt, der den Krieg beenden soll. In einer Ecke huscht ein Amerikaner für's Rins. Hunderte von photographischen

Wilson's Ankunft in Amerika.

Das Werk des Friedens hat erst begonnen.

New York, 9. Juli. (Reuter.) Wilson ist gelandet und wurde von riesigen Menschenmengen begrüßt. Er fuhr nach der Carnegie-Hall, wo er eine Rede hielt und darüber sprach, was die Nationen von Amerika erwarten, welches diesen Erwartungen gerecht werden müßte. Wilson erklärte, das Werk des Friedens habe erst begonnen, als der Friede unterzeichnet wurde.

Amsterdam, 9. Juli. Den englischen Blättern vom 7. Juli zufolge hat Präsident Wilson vom Dampfer George Washington aus drohtlos auf die Kritik der Männer geantwortet, die dafür eintraten, daß Amerika zu einer Politik des isolierten amerikanischen Nationalismus zurückkehren soll. Der Präsident erklärte, daß Amerika sich in den Dienst der Menschheit stellen müsse, und daß er wahrscheinlich einen Weg für dieses Ziel in den Vereinigten Staaten führen werde, weil er der Ansicht sei, daß es notwendig sei, die Versicherungen auszuführen, die er der Pariser Konferenz bezüglich Amerikas Bereitschaft, seinen Teil an den Lasten aus der Neuordnung der Dinge zu übernehmen, gegeben habe.

Die Kaiserfrage.

Amsterdam, 9. Juli. Laut Pressebureau Radio meldet „New York Herald“, daß in Deutschland wieder ein neuer Nationalismus aufsteigt, und daß die Alliierten dadurch, daß sie auf der Auslieferung des Kaisers bestehen, viel in dieses Feuer giesen. Dasselbe Blatt meldet aus Paris: Die Franzosen fürchteten, daß bei einer in London stattfindenden Verhandlung gegen den Kaiser die Einflüsse der englischen Dominantie, die mit den Hohenzollern so nahe verwandt seien, militärisch auf das Urteil wirken könnten.

Die amerikanischen Befürchtungen, von einer nationalistischen Welle in Deutschland wegen der Kaiserfrage sind übertrieben. Deutschland empfindet es aber als eine Schmach, daß Deutsche vor ausländische Gerichte gezogen werden. Und daß diese elende Beleidigung Deutschlands in unserem Volke ihre Wirkungen üben wird, ist ohne Zweifel.

Amsterdam, 9. Juli. Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ schreibt, das Unterhaus sei fest entschlossen, eins zu vermeiden, nämlich einen deutschen König zum Wärtner zu machen. Die Kaiserger der Alliierten in dieser Frage hätten sich bei den Beratungen, die dem in Paris gefassten Beschluß vorausgingen, diese Tatsache ständig vor Augen gehalten.

Die „Times“ vom 7. veröffentlicht einen Brief von Graham Bowyer, worin er den Beschluß, den Kaiser in London vor ein Gericht zu ziehen, für unklug und ungeschicklich erklärt und sagt, in England habe man sich schon längst davon überzeugt, daß es besser sei, einen Missfaller von einer Lücke in der Beschuldigung profitieren zu lassen, als ihn auf ungeschickliche Weise zu beurteilen. Auch früher sei gegen Könige und Königinnen gerichtlich vorgegangen worden, aber in jedem derartigen Falle sei das Urteil innerhalb einer Generation von der öffentlichen Meinung umgestoßen worden und hätten sich die Sympathien dem Verurteilten zugewendet.

Die türkischen Schwierigkeiten der Entente. Zustand im südlichen Kurdistan.

Amsterdam, 9. Juli. Das britische Kriegsamt teilte mit, daß im Mai in Suleimanie im südlichen Kurdistan, hundert-tausend Meilen nördlich von Bagdad, ein Aufstand unter Führung des Scheichs Rahmud ausbrach. Die britischen Truppen haben diesen Aufstand, der die Unabhängigkeit Kurdistans unter türkischer Sogerrantität bezweckte, unterdrückt. Am 17. Juni ist die britische Kavallerie in Suleimanie eingerückt und hat die türkischen Gefangenen befreit. Am 19. Juni ist die britische Hauptmacht eingetroffen. Scheich Rahmud, der erst verwundet war, wurde gefangen genommen. Die Lage in Südkurdistan ist jetzt befriedigend.

Apparaten knipfen. Jeden Augenblick werfen Engländerinnen ihren Taschenspiegel hoch, um irgend einen berühmten Mann auf der Platte festzuhalten. Doch oben auf einem Marmorvorsprung sitzt ein Maler, ein Begleiter läßt die Farben und eifrig fährt der Pinsel über die Leinwand. Deidende Schwüle! Ein Fenster wird geöffnet. „Es zieht! Es zieht!“ schreien einige Damen. Schimpfen, Schreien, ein Quiffier schließt das Fenster. „Sehen, sehen“, rufen Dutzende. In den schmalen Gängen schweben, hüden, hohen und ereifern sich die Offiziere, Zivilisten, Wächter, Damen und sogar Halbweibchen, die hereingeschmuggelt werden. Händelattchen: Wilson, Clemenceau und Lloyd George betreten den Saal. Das Gedränge und Schubden verhärtet sich. Die drei Gewaltigen unterschreiben den Berandringenden unaufröhtlich Postkarten und Zeitprogramme. Drei Uhr! Ein Stodzeichen! Tiefe Stille! Die deutschen Delegierten betreten den Saal, verneigen sich knapp und werden auf ihre Plätze geführt. Niemand steht auf, keiner erwidert den Gruß! Jetzt schneidet Clemenceau idaric, bissige Stimme die Luft. Müller und Bell werden an den Tisch in der Mitte geführt, alle Photographen arbeiten, die Kurbel des Kinopercateurs rasselnd sich vor. Drei Urkunden werden unterschrieben, Clemenceau deutet sich vor, stößt den Kopf auf die Hand, läßt wie ein Tiger kein Auge von den Deutschen, draußen donnert der erste Schuß, Clemenceau lehnt sich zurück. Ein Rufstamen! Sie haben unterschrieben, ohne Protest, kein Wort mehr als den Namen. Wilson erhebt sich, ihm folgen seine Kaiserger. Amerika leistet die Unterzeichnung. Wilson geht zurück und wirft einen kurzen Blick auf seine an der Wand stehende Gattin. England folgt und jetzt Frankreich. Von Paris her rollt der Donner der Geschütze; Maurice Barrès, der unter den Zuhauern sitzt, lächelt! Der Triumph eines Lebens.

Unterschrift folgt auf Unterschrift. Jetzt taucht der weiße Kopf des Geigeninsflerers und polnischen Staatsmannes Paderewski auf, der alle Blicke auf sich zieht und dessen intimes Verhältnis zu Wilsons Gattin noch einmal die Geschichtsschreiber beschäftigen wird. Der Maharadscha von Bikanir trägt als einziger im Saal eine Kopfbedeckung, den Turban. Nachdem er gezeichnet, erfährt das Interesse der Zuhauer. Die Reihenfolge füllen sich, wo ein lebhafter Briefmarkenverkauf stattfindet. Hunderte drängen sich um den Verkäufer, der den eigens für diese Stunde hergerichteten Poststempel unermüdet auf die Marken drückt. Andere lassen sich Briefmarken stempeln oder Briefstaschen, und einer sogar, der sichtlich den Geist des „Friedensvertrages“ am besten erfährt hat: das Portemonnaie. Kurz vor fünf Uhr sind die zwölf Unterschriften geleistet. Clemenceau verläßt den Frieden und bittet die Anwesenden sitzen zu bleiben, bis die Deutschen hinausgeleitet sind.

Inzwischen donnern die Kanonen aus allen Richtungen, die großen Wasser bringen, das Publikum hat alle Schranken durchbrochen, die unendliche Reihe der Tausenden von Automobilen geben Signale, die Sirenen heulen, Wilson, Clemenceau und Lloyd George müssen vor der jubelnden Volkswenge flüchten und den Weg durch unter abesperries Gebiet nehmen, am Hotel des Reservoirs vorbei.

Einige Stunden später sitzen wir im Zug. Die Nacht leuchtet rot vom Kaltenfeuer. Wir denken an die 15 Millionen Tote, an alle Mühseligen und Verdornen, an die Romidie im Trianon, und es ist, als hörten wir den Himmel in einem unendlichen Gelächter ausdröhen über den Vertrag vom 28. Juni 1919, die Frucht eines fünfjährigen Weltkrieges!

Die neuen Steuern vor der Nationalversammlung.

52. Sitzung, Mittwoch, den 9. Juli 1919. (Nachmittag.) Am Regierungstisch: Bauer, David, Erzberger, Bell.

Präsident Lehndorff eröffnet die Sitzung 3 Uhr 25 Minuten. Die erste Beratung der Steuervorlagen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Graf Vosadowsky (Dnat.)

äußert Zweifel, ob die Nationalversammlung überhaupt der zutreffende Ort für die Beratung von Steuervorlagen sei. (Lebhafte Gert! hört!) Das deutsche Volk hat ungeheure Lasten aufzubringen, die seine harte Lage noch verschlimmern. Die Jahreslast von 20 Milliarden Mark, die wir aufnehmen müssen, entspricht einem

Volkvermögen von 500 Milliarden Mark,

obwohl das deutsche Volkvermögen im Frieden nur auf dreihundert Milliarden Mark geschätzt wurde. Der Steuerbetrag von jährlich 25 Milliarden, den der Finanzminister berechnet, kann sich noch erhöhen. Der Vermehrung des Vermögens durch Fleiß und Sparlichkeit ist der Kriegsgewinn nicht ohne weiteres gleichzusetzen. Hinsichtlich der Erbschaftsteuer wollen wir angesichts der Not der Zeit von unseren Grundfragen nachlassen. Dagegen ist bei der riesigen direkten Steuerlast ein

Kaushau auch der indirekten Steuern unbedingt geboten.

Mit der Lohnsteuer, Vergnügungssteuer, Spielkartensteuer und Zündwarensteuer kann man einverstanden sein. Wir würden der großen Vermögensabgabe, die 50 bis 60 Milliarden ergeben soll, nicht zustimmen können, wenn sie zu einer plötzlichen Tilgung eines großen Teils unserer Schulden dienen soll. Denn die nächste Veranschlagung von 80 bis 90 Milliarden aus unserem Wirtschaftskreis würde unserer Volkswirtschaft neuen Verluft bringen. Mit der Arbeitslosenunterstützung muß ausgetrommelt werden; vor allem fordert die Regierung eine Ratskontrolle und eine Statistik der Ausgaben der Arbeiter- und Soldatenräte. (Beifall rechts.)

Reichsfinanzminister Erzberger:

Sämtliche Redner bekundeten den ersten Willen, an der Sanierung der Finanzen mitzuwirken. Graf Vosadowsky befragt, daß die Stabilität im Reichsfinanzministerium gesichert sei, aber auch früher lauten und gingen die Finanzminister in schneller Folge, und sie erfüllen nie, was sie beim Amtsantritt gesagt hatten. (Auf rechts: Das Zentrum möchte Schwierigkeiten!) Das Zentrum hat gerade in allen Finanzreformen ausschlaggebend mitgewirkt. Ich werde alle Energie aufwenden, um die Finanzschwierigkeiten zu beseitigen.

Ich bitte nicht um ein mildes, sondern um ein gerechtes Urteil. Mein Urteil war nicht nur gerecht, sondern äußerst milde. (Widerspruch rechts.) Staatssekretär Helfferich hat sich jeder ordentlichen Steuergesetzgebung, namentlich

der Kriegsgewinnsteuer widersetzt,

die glatt abgelehnt, wie überhaupt jede durchgreifende Finanzreform während des Krieges. Wer das Gegenteil behauptet, besitzt kein finanzpolitisches Urteil. Nach dem grundlegenden Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar ist die verfassunggebende Versammlung berufen, dringende Reichsgesetze zu beschließen; das Dringende ist aber die Sanierung unserer Finanzen. (Sehr richtig!) Wir würden unsere Aufgabe nicht erfüllen, würden wir diese Reform nicht beschleunigt verabschieden. Der Gesamtbedarf des Reiches kann tatsächlich nicht durch direkte Steuern allein gedeckt werden. Das große Reservoir, aus dem wir die 20 Milliarden jährlicher Belastung aufbringen, wird das Einkommensteuern Meiden. Es muß also in den verschiedenen Formen mitbesteuert werden. Gegen den Partikularismus kann die Reichsfinanzverwaltung anstandslos der Vermehrung ihrer Kompetenzen kräftiger auftreten. Nur ein schlechter Finanzminister würde davon keinen Gebrauch machen. Der Friedensvertrag schafft neue Verhältnisse in der Struktur Deutschlands. Der wird ganz anders wirken, als diejenigen glauben, die ihn uns ausgemaltes haben. Wir Napoleon nicht hindern konnte, daß Deutschland später zu einem Staat wurde, so wird aus dem jetzigen Frieden, der nicht dauern wird, ein

deutscher Nationalstaat

entstehen. Er wird Deutschland als geschlossenen Nationalstaat entstehen lassen. In dieser Richtung wird auch der Finanzminister wirken.

Der Staatsausschuß wünschte eine frühe Veröffentlichung der Gesetze, um nicht unter dem Druck der Öffentlichkeit zu stehen. Ich meinerseits werde das Meinige dazu tun. Für die Einnahmen aus der Umsatzsteuer haben wir die Verwendung nicht angegeben und sehen dem Beschlusse der Versammlung darüber entgegen. Wir können aber unter Umständen dann keine Rückschaft übernehmen, daß eine Volantierung unserer Finanzen zu Stande kommt. Grundsatz bleibt, daß laufende Ausgaben aus

tausenden Einnahmen gedeckt werden, und das andere, daß die Steuern zusammen verabschiedet werden. Wenn wir gute, volkswirtschaftlich nützliche Arbeit leisten wollen.

Die Steuerlast

ist nicht eine Folge der Revolution, wie Graf Vosadowsky behauptet hat; es sind doch die bestehenden Kreise, die die Revolution benützt haben, um

vor der Steuer anzukniffen.

(Lebhafte Zustimmung links.) Die besitzenden Klassen haben dadurch ihrer Vaterlandsliebe ein außerordentliches Zeugnis ausgestellt. (Andererseits lebhafter Beifall links.) Ich bebreite, daß aus meiner Rede ein Gegensatz zum Bewußtsein herausgestellt haben soll. Auch ich bin der Meinung, daß alles Kapital in unserer Volkswirtschaft arbeitet. Es kommt doch aber darauf an, für wen es arbeitet, wer die Gewinne einstreicht. Ich möchte mich gegen die Lieberkapitalisierung und glaube, daß mit mir Graf Vosadowsky, den ich als sozial denkenden Politiker kennen gelernt habe, der Meinung ist, daß in früheren Zeiten das Kapitalienkommen nicht so stark genug besteuert worden ist. (Graf Vosadowsky nicht zustimmend.) Die Vergütung des Heeresdienstes ist nicht nur der Eigenmächtigkeit einiger Arbeiter- und Soldatenräte zuzuschreiben, sondern eine Folge der Vorkriegsstände militärischer Stellen und anderer Verwaltungsorgane. (Zuruf bei den Unabhängigen: Die Offiziere haben alles verschoben!) Das weiß ich nicht, aber dankbar wäre ich Ihnen, wenn Sie mir solche Fälle nachweisen könnten. Zum Kapitel der Sparlichkeit nur eins: Für

sozialisierte Betriebe

bin ich als Finanzminister nicht in der Lage, Zuschüsse aus den Mitteln der Allgemeinheit zu geben. Wenn die Volkswirtschaft & B. so teuer arbeitet, daß sie für 1918 mit einem Defizit von 500 Millionen abschließt, so muß eben das Publikum mehr zahlen.

Die Gehälter der Postbeamten

sind keinesfalls zu hoch, im Gegenteil, gegenüber denen weiter Arbeiterkreise sind sie zum Teil als zu niedrig anzusehen. Weiteren Forderungen aber entgegenzukommen, ist unbedenklich, denn das wäre eine Schraube ohne Ende. Die einzige Abhilfe liegt darin, systematisch auf eine Senkung der Preise hinzuwirken, und zwar nicht nur der Preise für Lebensmittel, denn die sind im Auslande fast ebenso hoch, sondern in erster Linie für Kleider und Schuhe. Das muß und das wird geschehen, denn ein absolut

unverschuldeten Beamtenstand

ist das erste Erfordernis für eine Wiedergeburt Deutschlands. (Beifall.)

Abg. Sturm (U. Soz.): An den Sünden der Vergangenheit, an der leichtsinnigen Finanzwirtschaft trägt das Zentrum die größte Schuld. Helfen kann uns nur eine Sozialisierung im Sinne von Marx und Engels, also eine Sozialisierung, die wirklich der Allgemeinheit zugute kommt. Dann wird auch für die Arbeitermasse das Wort gelten: arbeiten und nicht verzwweifeln. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Dr. Becker-Olsen (D. Vp.): Die Kritik, die Herr Erzberger an der

Amtsführung seines Vorgängers Helfferich

geübt hat, war zum mindesten in der Form sehr eigenartig, denn sie geht direkt an die Ehre des betreffenden Beamten. (Sehr richtig! rechts.) Eine solche Kritik war deshalb unangebracht, weil sie von der sicheren Tribüne dieses Hauses aus (Zuruf rechts: Ausgesprochen!) erfolgt einem Manne gegenüber, der sich hier nicht verteidigen kann. Bei einer kürzeren Dauer des Krieges wäre die Helfferichsche Finanzpolitik zweifellos erträglich, wenn nicht vielleicht die einzig richtige gewesen. (Sehr richtig! rechts.)

Erfreulich ist, daß der Streit zwischen Reich und Einzelstaaten über die Ausnutzung der Steuerquellen verflüht ist. Dieses ganze Bündel von Steuern ist zusammenhanglos und es fehlen die Hauptstücke wie die Erhöhung der Vollgebühren, die große Vermögensabgabe und die Umsatzsteuer. Auch wir verlangen

die absolute Sicherheit der Kriegsaufleihe.

Das Aindeserbe darf nicht so scharf herangezogen werden, wie die Vorlage es will. Mit altpreußischer Sparlichkeit müssen wir uns wieder emporkämpfen. Sie muß an allen höchsten Stellen in dem Ministerium und bei den Ministern selbst. Der Volkshörder darf durch zu starke Kapitalentziehung nicht blutlos gemacht werden. Fortdauernde Einnahmen sind für Staaten und Gemeinden wichtiger als noch so hohe allgemeine Abgaben. Die Steuergesetze dürfen nicht zur Konsolidation oder noch dem heutigen Ausdruck zur Sozialisierung führen.

Damit schließt die Besprechung. Die sämtlichen Steuervorlagen werden an drei Ausschüsse von je 25 Mitgliedern verwiesen. Das noch zur dritten Beratung stehende Reichsnehlungsgesetz wird an den Ausschuß zurückverwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 3 Uhr. (Verfassungsentwurf.)

Preussische Landesversammlung.

42. Sitzung, Mittwoch, den 9. Juli 1919.

Am Ministertisch: Fischbeck. Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 1.15 Uhr. Die Ausdrache über die Handels- und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Düker (Dem.) bringt Wünsche der Handwerker vor. Es ist notwendig, Gesetzesrat den nolleidenden Handwerkern zur Verfügung zu stellen.

Abg. Christange (U. Soz.) fordert Maßnahmen gegen den ungewohnten Preiswucher, der sich überall breitmacht. Der Redner bespricht die Fragen der Landwirtschaft.

Landesminister Fischbeck: Im Mittelpunkt der Erörterung hat der Mittelstand, das Handwerk und das Kleingewerbe zu stehen. Der gewerbliche Mittelstand gehört tatsächlich zu den Hauptleidtragenden des Krieges. Wir sind bemüht gewesen, dem Handwerk Arbeit zu schaffen, ihm am Heeresgut seinen Anteil zusammen zu lassen, ihm Kredit zu eröffnen. Eine Hauptaufgabe meines Ressorts wird in der

Billeg des Genossenschaftswesens

liegen, auf dem ja jetzt die früheren Gegenstände ausgetauscht und in gemeinschaftliche Arbeit auf dem Boden der Selbsthilfe zusammengefaßt sind. Ich werde unsere Bemühungen,

dem Handwerk Aufträge und Arbeit zu verschaffen, fortsetzen, und auch für die Ausbildung des Nachwuchs, soviel als und liegt, Sorge tragen.

Das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters wird akzeptiert, soweit es in den Grenzen bleibt, daß die Produktionsfähigkeit des Betriebes dadurch nicht gehindert wird. Das Konstitutionsrecht wird nicht allein vom Recht auf Streit ausgefüllt; der Streit ist erst das alleräußerste Mittel und Abwehrmittel nach erfolglosen Versuchen friedlicher Verhandlung. Unterschiedene Abmachungen sind auch ein Bestandteil des Konstitutionsrechts, und derjenige handelt gegen das gesetzliche Recht der Arbeiterkoalition, wenn er Tarifverträge und Abmachungen besetzt schiebt und willkürlich unter Druck der Verträge zum

Streit greift. (Lebhafte Zustimmung.) Was nützt Ihnen die schönste Regierung, wenn die ganze Volkswirtschaft ruiniert ist? In einer Senkung der Preise kommen wir nur, wenn der Kaufmann um der Konkurrenz willen wieder gezwungen ist, nach Großhand und Feinhand zu rechnen.

Jede Förderung jedem ehrlichen Streben!

Das soll der Grundsatz sein, von dem alle Wünsche und Projekte in meinem Ministerium im Hinblick auf das Ziel der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft geprüft werden sollen. (Beifall.)

Damit schließt die Beratung. Der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung wird bewilligt.

Die zu dem Etat gestellten Anträge des Handelsausschusses gelangen fast durchweg zur Annahme. Angenommen werden die Ausschussanträge betreffend Säus des Koalitionsrechts, gegen Terrorismus, betreffend Abban der Zwangswirtschaft, betreffend Sozialisierung und Kommunalisierung im Handwerk, Sozialisierung und Gemeinwirtschaft im Handwerk, auf Förderung des Genossenschaftswesens, sowie über das Verbot des Straßenhandels mit Süßigkeiten. Durch Abstimmung wird mit 109 gegen 114 Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien auch der Antrag des Handelsausschusses angenommen, monach in die preussische Verfassung die Bestimmung aufgenommen werden soll: „Der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand ist lebenskräftig zu erhalten und insbesondere gegen Auflösung zu schützen.“

Es folgt die erste Lesung der Vorlage auf Abänderung der Zusammenfassung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen.

Scheintrat Wösch bringt an Stelle des durch die Nationalversammlung in Weimar am Erscheinen verhinderten Kultusministers die Vorlage ein: Der Regierung liegt außerordentlich viel an der schnellen Verabschiedung des Entwurfs.

Der Schulvorstand soll nicht mehr ernannt, sondern gewählt werden.

Das entspricht dem demokratischen Grundsatz. Dazu werden die Frauen den Männern gleichgestellt. Dann hat die Regierung die Frage geprüft, ob die Jugendlichkeit der Geistlichen als geborne Mitglieder zu den Schuldeputationen beibehalten werden soll oder nicht. Sie hat diese Frage nach eingehender Prüfung unter Ju-

rüststellung gewisser Bedenken verneint. Einmal schwebt ja die gesetzgeberische Lösung der Trennung von Kirche und Staat und dann haben die Geistlichen das passive Wahlrecht erhalten, so daß sie zu Mitgliedern der Schuldeputationen gewählt werden können.

Abg. Müdig (Soz.):

Wir sind mit der Vorlage einverstanden. Sie ist dringend notwendig. Verbesserungsvorschläge behalten wir uns vor. Der Grundgedanke der Vorlage ist, daß nur Männer des Vertrauens in die Deputationen gewählt werden. Genügt der Geistliche dem Vertrauen der Gemeinde, so wird er gewählt werden, genügt er es nicht, so gehört er in die Deputation nicht hinein. (Unruhe im Zentrum.) Von einer Verletzung religiöser Gefühle kann nicht die Rede sein. Vielmehr erleichtert gerade diese Vorlage das Zusammenarbeiten aller Volksschichten. Wir wünschen über die Vorlage hinaus

sofortigen Beschluß des Behätigungsrechts.

Das Behätigungsrecht hat früher viel Erbitterung hervorgerufen, weil vielfach die politische Stimmung den Ausschlag gab, nicht die Tüchtigkeit. Sogar heute soll es etwas noch vorkommen. (Hört, hört! links.) Wir wollen das Behätigungsrecht reiflos beseitigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kürup (Z.):

Das Gesetz richtet sich gegen den Einfluß der Kirche auf die Schule. Es will den Zustand beseitigen, daß der Geistliche von Amt wegen der Schuldeputation angehört. Er soll sich einer Wahl unterziehen müssen. Nun ist es unangenehm, daß der Geistliche in den meisten Fällen das Vertrauen genießt und gewählt wird. (Zuruf links: Ja also!) Aber diese Einschränkung wird neuen Jährling unter die gläubigen Volksmassen werfen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir können der Vorlage so nicht zustimmen.

(Zuruf links: Regierungspartei!) Die Kinder gehören in erster Linie der Familie, in zweiter Linie der Kirche (U) und in dritter Linie dem Staat. (Hört, hört! links.) Die Schule ist gewiß eine staatliche Einrichtung, aber sie muß auch sein eine Hilfsanstalt der Kirche. (Unruhe links.) Der Geistliche gehört in alle Schuldeputationen hinein, damit

der Einfluß der Kirche

erhalten bleibt. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Der dringend notwendige innere Friede ist schwer gefährdet, wenn das so bleibt. (Unruhe links.) Die Genossenschaft mit unseren Landvolken in den gefährdeten Bezirken des Westens wird damit einer starken Belastungsprobe ausgesetzt. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum. Stürmisches Hört, hört! links.) Schließlich protestieren wir gegen

einen Artikel im „Vorwärts“

vom Sonntag, überschrieben: „Expressepolitik des Zentrums“. (Hört, hört! im Zentrum.) Dort wird gesagt, daß das Zentrum die höchste Not des Vaterlandes für seine kirchlichen Zwecke auszunutzen suche. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das sind nichtsnutzige und haltlose Verdächtigungen. Wir wehren uns gegen eine Beilegung aller begründeter Rechte. (Zuruf links: Vorrecht!) Im demokratischen Volkstaat muß Freiheit auch für die gläubigen Teile des Volkes herrschen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Otto (Dem.):

Wir haben Bedenken gegen die Wahl des Schulvorstandes, weil wir nicht glauben, daß auf diese Weise immer der geeignetste Mann zum Vorstand gewählt werden wird. Die Haltung des Zentrums ist ja sehr interessant. Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum haben die Regierung gebildet und haben sich auf ein Kulturprogramm geeinigt, das im Auftrage dieser Parteien vom Ministerpräsidenten verfaßt worden ist. Wir sind sehr entschlossen, an diesem Kulturprogramm festzuhalten, dem jedoch

auch das Zentrum zugestimmt

hat. (Lebhafte Zurufe im Zentrum: Kein!) Genäh. Sie haben einige Einschränkungen gemacht, aber Sie haben dem Programm zugestimmt. (Widerspruch im Zentrum.) Wenn Sie nun heute sagen, daß wir, weil wir an dem Programm festhalten, den inneren Frieden stören, so ist das ein Verhalten, das vielleicht in den Schicksalskreis des Zentrums paßt, für das uns aber jedes Verständnis fehlt. (Sehr richtig! links. Unruhe im Zentrum.) Wegen die Behauptung, daß die Schule eine Hilfsanstalt der Kirche ist, legen wir scharfe Verwahrung ein. Die Schule ist in jeder Beziehung gleichberechtigt.

Abg. Lufassow (Dnat. Vp.): Auch wir haben Bedenken gegen die Wahl des Schulvorstandes. Bei dieser Wahl wird nicht immer der Lehrer und der Geistliche gewählt werden, obwohl deren Zugehörigkeit stets wünschenswert ist. Auch wir wünschen eine weitere ungeschmälerte Einflußnahme der Kirche auf die Schule, Elternhaus und Schule allein reichen für die Erziehung nicht aus, die Kirche gehört dazu. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) richtet scharfe Angriffe gegen das Zentrum. Das Zentrum droht mit der Hertrümmung des Reiches, wenn die Schule nicht der Kirche ausgeliefert wird. Es treibt eine Expressepolitik. (Lärm im Zentrum.)

Abg. Hoffmann (D. Vp.): Wir begrüßen es, daß der Schuldeputation auch Frauen angehören sollen. Die Geistlichen darf man von diesen Ausschüssen nicht fernhalten.

Abg. Dr. Oeh (Z.): Wir sind in die Regierung eingetreten unter Aufrechterhaltung unserer Parteigrundsätze.

Abg. Neumann-Wönigsberg (Soz.):

Wenn die Absicht bestände, die Geistlichen aus den Schuldeputationen usw. hinauszuberufen, so wäre sie durchaus berechtigt. (Wahl und hört, hört! im Zentrum.)

Abg. Schule etwa eine Hilfsanstalt der Kirche, weil die Kirche selbst fast nicht lebensfähig ist?

Beit deutlicher als bei der Beratung über die Aufhebung der Ortschulaufsicht läßt jetzt das Zentrum seine Absicht hervortreten, die Schule unter die Herrschaft der Kirche zu zwingen. Die Volksschullehrer wollen von der Herrschaft der Geistlichen befreit werden. Man soll sich nicht fürchten vor dem schwarzen Mann. Freiheit für alle, Freiheit auch für die Volksschule.

Abg. Dr. Friedberg (Dem.): Herr Hoffmann könnte als langjähriger Berliner Stadtoberbürger wissen, daß in allen Deputationen ein Kapitalistmitglied den Vorsitz führt. (Abg. Adolf Hoffmann: Das ist aber undemokratisch.) Ja, aber jedenfalls zweckmäßig, denn es handelt sich um die Erfüllung von Verwaltungsaufgaben. (Widerspruch des Abg. Hoffmann.) Unter wiederholten Unterbrechungen durch den Abg. Hoffmann führt Redner aus, daß die

Demokratie eine äußere Form des organisierten Volkswillens ist, daß deshalb alles auf Grund dieses Volkswillens Beschlossene bindend ist und daß die Demokratie innerhalb dieser Grenzen noch Zweckmäßigkeitsrücksichten verfechten kann.

Abg. Dr. Wilsch (U. Soz.): Wir fordern die Auserkennung als Übergang zu einer wahren Demokratie. Die Landesversammlung muß beseitigt werden. Ihre kulturwürdige Mehrheit im Volke keinen Boden.

Abg. Frau Hoffmann (D. Vp.) bedauert, daß in dieser ersten Zeit solche Gegenstände zutage treten.

Abg. Reinhardt (Z.) warnt davor, die Schule zum Spielball der Parteien zu machen.

Der Gespensturs geht darauf an den Unterrichtsausschuß. Donnerstag, 1 Uhr, Ministerium des Innern. Schluß gegen 7 Uhr.

Nochmals: Unabhängige Friedenssabotage. Eine Erwiderung.

Die Freiheit zitiert als Beweis für die angebliche Unrichtigkeit meiner Behauptung, daß Kautsky keineswegs ein unbedingtes Ja empfohlen, sondern die Ablehnung als erwägbare Erachtete habe, falls auch die Ententezialisten die Bedingungen für ungerecht erklären sollten (etwas anderes habe ich nicht behauptet), eine ihr bequeme Stelle der betreffenden Kautsky'schen Aufsätze, die sie am 24. April veröffentlichte. Die Stellen, auf die ich meine Ausführungen stützte, lauten folgendermaßen:

„Vorstätzlich genommen, bedeutet die Ablehnung des Friedens die Wiederaufnahme des Krieges. Das wäre natürlich heller Wahnsinn. Daraus denkt niemand. Einen Sinn bekäme die Ablehnung des Friedensvertrages nur dann, wenn es ihr gelänge, jetzt schon mit einem Schlage das zu erreichen, was ich von einer einige Jahre lang dauernden Entwicklung erwartete: das Anschließen der Empörung der ehrlich demokratischen Elemente in den Ländern der Entente gegen die Bergewallung Deutschlands, Sturz Clemenceaus, Sieg der Internationale.

Nichts spricht dafür, daß wir einen solchen Umschwung jetzt schon plötzlich zu erwarten haben. Auf jeden Fall würde er nur dann eintreten, wenn die Friedensbedingungen nicht nur nach deutscher, sondern auch nach französischer und englischer Auffassung unvereinbar wären mit den Wilson'schen Grundsätzen.“

Weiter heißt es darin:

„Die deutschen Friedensunterhändler müssen selbstverständlich trachten, den Frieden für Deutschland so günstig als möglich zu gestalten. Sollte der Friedensvertrag Forderungen enthalten, die von der demokratischen Seite der Entente selbst als Verletzung des Wilson'schen Punkte anerkannt werden, dann könnte auch der Gedanke der Nichtunterzeichnung erwogen werden.

Aber dieser Entschluß sollte auf keinen Fall gefaßt werden, bloß von einseitig deutschen Gesichtspunkten aus, er dürfte nur gefaßt werden nach sorgfältiger Abwägung aller Vor- und Nachteile des Scheiterns unter völliger Ausschaltung jeglicher nationaler Leidenschaft.

Sicher kann ohne Leidenschaft nichts Großes geschaffen werden. Aber es muß die Leidenschaft sein zur Verwirklichung dessen, was klare Erkenntnis geschaut hat.“

Es gibt keinen dieser schönen Sätze, dem wir nicht alle schon damals zustimmten und ich glaube behaupten zu können, daß sämtliche deutschen Friedensunterhändler stets nach solchen Gesichtspunkten gehandelt haben. Aber ich behaupte auch und noch einmal, daß der Versuch der deutschen Friedensunterhändler, den Frieden so günstig als möglich für Deutschland zu gestalten um so aussichtsloser war, je geschlossener das Volk, vor allem die Arbeiterschaft, hinter der Regierung gestanden wäre, und daß das von dunklen Revolutionsdrohungen begleitete Annahmegeräusch der Unabhängigen, das bereits am 8. Mai einsetzte, die Stellung der deutschen Delegation außerordentlich erschwerte. Auch meine ich, daß zumindest ein „Bluffen“ der Ablehnung, selbst von seiten derer, die entschlossen waren, sich letzten Endes zu unterwerfen, unerlässlich war, wollte man beträchtliche Widerungen eringen. Mit einem bloßen Appell an das Gerechtigkeitsgefühl der Clemenceau, Lloyd George und Tardieu konnten wir herzlich wenig ausrichten. Die „Freiheit“ spricht da spöttisch von der Politik der Kleinfriedhändler des

Mühlendamms. Vorläufig ist nun einmal die Welt, namentlich die diplomatische Welt der Entente, auf diese Methoden der ursprünglichen Maximalforderungen eingestellt, die nicht nur die des Kleinfriedhändlers, sondern auch, unter anderem, die der gewerkschaftlichen Kämpfe ist und bleibt. Solange die internationale Politik nicht nach den erbahenen Idealgrundsätzen der Herren vom Schiffbauerdamm getrieben wird, müssen es auch unsere Diplomaten in den Kauf nehmen, mit der ehrbaren Junft vom Mühlendamm in einem Atem genannt zu werden...

Die Erinnerung an die Begleitumstände des Januarputsches der Unabhängigen und Kommunisten fertigt die „Freiheit“ als „kindische Behauptung“ und „Geschwäh“ ab. Was sagte aber Radek am 30. Dezember 1918 auf der Reichskonferenz des Spartakusbundes:

„Mit dem Augenblick, wo der Spartakusbund zur Macht gelangt, wird der Ring der Völker sich schließen, und man kann schon jetzt die russischen Arbeiter mit Enthusiasmus erfüllen, wenn man ihnen sagt, daß sie mit den deutschen Genossen zusammen am Rhein kämpfen werden. Ich hoffe, daß in Berlin der Rat der Sowjet-Konferenz zusammen mit den Delegierten aller Länder über den Weltfrieden beraten werde.“

Am nächsten Tag entwickelte Rosa Luxemburg in ihrem Referat ähnliche Gedankengänge und fünf Tage später ging der Putz in Berlin los, von den Unabhängigen Eichhorn, Däumig, Ledebour usw. zusammen mit Radek, Rosa Luxemburg und Diebknacht organisiert, der dem Spartakusbund die Regierungsmacht geben sollte. Diese Zusammenhänge mögen heute der „Freiheit“ unbedeutend erscheinen — indem sie ihre Erwähnung als „Geschwäh“ bezeichnet, schafft sie sie nicht aus der Welt.

Victor Schiff.

Der „Rote Soldatenbund“ vor Gericht. Freisprechung aller Angeklagten.

Ueber die unter anderem auch von dem als Zeugen geladenen aber nicht erschienenen Roland angebotene Tätigkeit des Roten Soldatenbundes im Vorwärts-Gebäude während der Tage der Besetzung fanden längere Erörterungen statt. Angeklagter Fröhlich behauptete, daß Roland ihm wiederholt Waffen zu aufrührerischen Zwecken gebracht, die er dann aber durch Sicherheitsleute ins Polizeipräsidium habe schaffen lassen. Einmal habe ihm auch Roland zwei von ihm bei Birzenheim gestohlene Schreibmaschinen überbracht, die er aber auf sein Geheiß wieder habe zurückbringen müssen. Er habe ihm dabei gesagt, er würde ihn künftig hinausjagen, denn mit gestohlenen Sachen gebe man sich nicht ab. Roland habe immer zu Putzungen und Gewerkschaften animiert; er habe sich stets bemüht, die Leute gegen die Leitung des Roten Soldatenbundes aufzuheizen, die nicht radikal genug sei. Roland habe auch als erster die Befehle des „Vorwärts“ veranlaßt und wiederholt gesagt, man solle sich nicht ergeben, er würde für Munition sorgen. Roland sei Polizeispiegel und ständiger Besucher der Kommandantur gewesen.

Ein Zeuge, Student Feder, ist im Vorwärtsgebäude gewesen, und zwar nicht aus eigener Initiative, sondern im Auftrage des Generalkommandos, an den er sich wandte. Er hat den Eindruck gehabt, daß die Besetzung nicht vom Roten Soldatenbund ausgegangen sei, sondern das Werk der revolutionären Elemente gewesen sei. In Versammlungen ist gesprächsweise von Leuten, die er nicht weiter kennt, mehrfach die Ansicht geäußert worden, daß man aus den Januarjahren gelernt habe: mit den Verbündeten einzelner Gebäude sei es nicht; in Zukunft müsse man bei Putzungen ganze Häuserblocks besetzen, von den Dächern schießen und die gemeinnützigen Betriebe besetzen, denn die Gegner würden doch Bedenken tragen, gegen diese ein Artilleriefeuer zu eröffnen.

Der kommissarisch als Zeuge vernommene Leutnant Hildebrand hat u. a. bezeugt: Er habe vom Major Stefani den Auftrag gehabt, im „Vorwärts“ zu erkunden, wo die Truppen am besten einziehen könnten, und sich an den damaligen Kommandanten Rowunde und Brutus Wolfenbühl zu wenden. Er wurde dort mit Roland bekannt gemacht und erhielt einen Ausweis des Roten Soldatenbundes. Von Roland wisse er, daß er im Interesse einer Regierungsstelle tätig war. Der Zeuge habe die Uniform eines gemeinen Soldaten mit Artilleriemütze getragen, während Roland Kränzmütze trug und einen Berichterstatterausweis für den „Vorwärts“ (Lebensfalls geschlossen oder nachgemacht. Beh.) hatte.

Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Walter Haase, der auch zur Vorwärtsbesetzung und zum Roten Soldatenbund gehörte, bezeugte, daß letzterer als offizielle Organisation an der Vorwärtsbesetzung nicht teilgenommen habe. Wichtig sei es, daß der Rote Soldatenbund im Vorwärtsgebäude ein Bureau für sich eingerichtet gehabt habe, weil er sich sichern wollte gegen Eingriffe von Regierungseite. In diesem Bureau seien auch Anmeldungen zum Eintritt in den Bund entgegengenommen worden. Es sei ein Mann aus dem Alsteinhaufe gekommen (auch diesen erklärte der Verteidiger für einen agent provocateur) und habe erklärt, daß die Besetzung dort in Not sei und wohl sich werde ergeben müssen, so daß man wissen möchte, was man tun solle. Da habe er dem Zeuge einen Kettel untersteckt, in welchem die Ordre gegeben wurde: Tapferküssen umkürzen, Maschinen beschlagnahmen, Maschinen unbrauchbar machen, Tapen durcheinander wühlen.

Schließlich wurde noch ein Zeuge, Vortragskünstler Grassnig, vernommen, gegen den der Verteidiger heftige Einwendungen bezüglich seiner Glaubwürdigkeit erhoben. Er war mit Fröhlich zusammen in den Sicherheitsdienst, dann in das Regiment Reichstag eingetreten und arbeitete dort in der Kriminalabteilung und der Abteilung für Pressefotografen. Er hat an verschiedenen Versammlungen des Roten Soldatenbundes teilgenommen. Fröhlich sei nicht der eigentliche Führer gewesen, sondern Piel, Franz und bekannte Führer der A. P. D. — Den Ausführungen des Zeugen gegenüber machten die Verteidiger und einige Angeklagte geltend: Der Zeuge habe stets provozierend gewirkt, einmal in einer Versammlung über Eichhorn im kommunistischen Sinne sich geäußert und den Rat gegeben, nach dem Marsch hinzuziehen. — Der Zeuge behauptete weiter, daß bei Diskussionen in den Versammlungen einzelne Redner sich dahin geäußert hätten, daß man schließlich nicht einzelne Zeitungsgedäude, sondern große Betriebe, die Gas- und Wasserwerke usw. besetzen müsse. — Rechtsanwalt Dieckmann meinte, daß solche Reden wahrscheinlich von ähnlichen Elementen, zu denen der Zeuge gehöre, geführt worden seien. — Rechtsanwalt Dr. Weinberg behauptete, daß der Zeuge am 15. Februar aufgefordert habe, an einer Demonstrationssitzung der Volksmarineabteilung teilzunehmen. Auf eine weitere Frage erklärte der Zeuge, daß er jetzt privatim tätig sei, wogegen die Verteidiger meinten, daß er wohl der „Epistelorganisation im Kriegsmilitär“ angehöre. — Rechtsanwalt Dr. Weinberg: Der einzige Geheimbund, von dem man in diesem Falle sprechen kann, ist der Geheimbund der Epistel und agents provocateurs.

Die Beweisaufnahme ist geschlossen. Das Gericht verneinte nach der Beweisaufnahme die Anwesenbarkeit der §§ 128 oder 129 St. G. B. und sprach sämtliche Angeklagte frei.

Groß-Berlin

Zentralrat für Mieterschutz.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat in einer gemeinsamen Sitzung mit dem kommunalen Ausschuss des Volksrates von Groß-Berlin zu der Verordnung über Sammelheizung- und Wasserversorgungsanlagen in Mieträumen vom 22. Juni 1919 Stellung genommen. Die unsoziale Verordnung zugunsten der Vermieter wird besonders die Beamtenchaft und die Arbeiterkreise der westlichen Vororte hart treffen und dazu beitragen, die Mietpreise und dadurch die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung abermals stark zu verteuern. Die Verordnung ist juristisch unklar gefaßt und vom Reichsjustizministerium falsch verlautbart worden, so daß eine weitere Abschärfung der Mieter durch unrichtige Auslegung der Schiedsstellen erfolgen könnte. Dabei haben

Erleuchtung.

9) Roman von Henri Barbusse.

Hier wagt und wimmelt die Menschheit durcheinander. An der Biegung der „Neuen Straße“, die dort seit ewigem Vorhanden ist, warten die Bauern aus der ganzen Umgebung. Sie sind zusammengedrängt wie die Eier im Korb. Sie stehen mit der Baumvollmütze auf dem Kopf, die ganz glatt und kopflos ist. All diese Kirchgänger sind mit Schwären beladen. Eine Bäuerin geht schräg über den Platz und sie schwingt ein geräumiges, schwarzes Reg, das sie bei dem Griff gepackt hat und das nun ganz straff und starr zur Erde baumelt. Vom gepflasterten Kirchengrund heben sich die staubbedeckten Gestalten der Heiligenbilder ab, und andere Bildnisse, die wieder lebhaft wie frische Äpfel gefärbt sind. Andererseits hüpfen und jauschen herum. Die kleinen Mädchen spielen Puppe wie ihre Mütter, und die kleinen Jungen spielen Räuberhauptmann. Die würdigen Bürger stehen ernst und gefasert herum als die gewöhnlichen Leute und jeder spricht vor dem Beginn des Gottesdienstes von seinen persönlichen Angelegenheiten.

Und weiter: Dort liegt die Landstraße, geschmückt von der Heiligheit des Aprillichtes, das die Baumreihen entlang leuchtet und überall bald Schatten wirft und bald auch heiteres Gold. Dort klingen die Glöcklein der Radsfahrer an. Dort hält das Gerassel der Kutschen. Dort schimmert der Strom auf, der gebildet wird von den weit auslaufenden Wasserdecken, über die wieder helle Sonnendecken gebreitet sind und blendende Glimmerpunkte verstreut. Die Augen folgen der Landstraße. Da dehnt sich neben dem hart geschottertem Steinpflaster die weiche, bedaute Erde. Scholle an Scholle ist vielfarbig an einander gebettet. Das ist bald anzusehen wie dunkel schwerer Wollstoff oder Billardtuch, das verläuft bald in zarte Hellheit zum Raume hin. Stellenweise wölbt sich auf dieser flachen Farbentafel so etwas wie ein Buschwerk. Die Wege sind mit Bäumen besät, die in schlachter Reihe dastehen, und funderwärtige Schäferreien liegen dazwischen.

Ich liebe sie sehr, diese meinem Herzen wohl vertraute Landschaft. In der letzten Nacht hat es ein wenig geregnet. Die Straße ist zum Wasserbächlein geworden, in dem die frisch gewaschenen Steine blinken. Die Dachziegel sehen aus, als wenn sie frisch bestrichen worden wären, und die Schindeldächer liegen in neuem Lichte. Das Pflaster glitzert. Stellenweise überragt es das Wasserlein. Der Himmel ist garibian, und die Wolken daran sind wie aus Seidenpapier geschnitten. Und zwischen den beiden oderfarbenen Gebäuden entdeckt das Auge den weichenfarbenen Raum der Wälder und darüber

den benachbarten Kirchturm, der dem Unseren so ähnlich ist, obgleich er sich doch wieder so stark von dem Unseren unterscheidet. Der Blick umspannt wie ein Regenbogen alle diese Bilder, die sanft behaglich sind.

Dann tritt man von dem Plage aus, an dem sich jeder so heimlich fühlt, das Innere der Kirche. Der gute Priester murmelt uns aus dem Buschwald der Kirchenkerzen die große, unendliche Litanei zu. Er segnet uns, er umfaßt mit seinem Segensspruch jeden einzelnen und jeden insbesondere, väterlich und mütterlich zugleich. Vorne in der allerersten Reihe sitzen auf der Herrschaftsbank der Marquis von Montignon, der ein soldatisches Aussehen hat, und seine Schwiegermutter, die Baronin Grille, die wie eine gewöhnliche Dame angezogen ist.

Nach dem Schluß des Gottesdienstes gehen die Männer fort. Die Frauen trennen sich schon schwieriger. Sie verweilen noch eine Weile beisammen. Endlich zerstreuen sich all diese schwirrenden Menschenbündel.

Am Mittag werden die Geschäfte geschlossen. Bei den reichen Häusern geschieht das ganz geräuschlos und von selbst. Bei den anderen muß ein Arbeitsmann die Fensterläden hinaustragen und anschrauben. Dann ist alles, alles auch leer geworden.

Nach dem Mittagbrot streife ich in den Straßen umher. Zu Hause langweile ich mich, aber bin ich erst draußen, so weiß ich nicht, was ich anfangen soll. Ich habe keinen Freund. Ich habe niemand, den ich besuchen soll. Ich bin schon zu viel, um mit den einen zu verkehren. Ich bin noch zu wenig, um mit den anderen zu verkehren. In den Cafés und Aneipen summt es schon, dort klingt es schon, dort ballt sich schon der Qualm auf. Ich gehe aber grundsätzlich nicht in die Aneipe, und dann hat mir meine Tante auch von Jugend an die Reizung eingeplant, kein überflüssiges Geld auszugeben.

So gehe ich denn ziellos in den engen Straßen herum, die vor meinen Schritten aufzähnen. Die Uhr schlägt die Stunden an. Man hat den Eindruck, daß die Stunden überflüssig sind, und daß man doch nichts vor sich bringen wird. Ich schlage den Weg nach den Gärten der reichen Leute ein; die Anlagen laufen zum Flußufer hinunter. Mit ein wenig Reiz spähe ich über die Mauern in diese üppigen Parkanlagen hinein und aufwärts zu den hohen Baumwipfeln, die noch beklender sind von der zerfetzten und beschmutzten Laubbedeckung des letzten Sommers.

Ich habe das alles schon wieder hinter mir gelassen, als ich Tudor, den Provisor in der „modernen Apotheke“, treffe. Er zögert, er zweifelt, er weiß nicht wohin er sich wenden soll. Jeden Sonntag legt er denselben zerbrochenen Kragen an. Als er bis zu mir gelangt ist, scheint er erst zu merken, daß er nicht mehr weiter soll, und er bleibt stehen. Eine halb ertrockene Zigarette fristet in seinem Munde ihr Leben

hin. Er begleitet mich ein Stück. Ich schlepp meine Schweigsamkeit bis zu dem Platzenweg.

Dann werden in der Eintönigkeit der Straße einige Gestalten sichtbar. Junge Mädchen locken meine Aufmerksamkeit an. Sie zeigen sich beim Vorübergehen in den Häuserfenstern oder vor den geschlossenen Geschäftsläden. Einige dieser jungen Mädchen sind reizend, und sie befinden sich in der Gesellschaft ihrer Mütter, die gleich einem Jerrbild der Töchter anzusehen sind.

Tudor hat mich verlassen, ohne daß ich es bemerkt hätte. Schon leuchtet und lärm es überall ein wenig in den Aneipen auf. Durch das Dämmergrau schiebt sich eine düstere Menschenmenge, die nicht mehr anzuhalten ist. Das ballt sich zusammen wie ein finsternisbeladener Gewittersturm und Blitze sprühen daraus hervor.

Nun ist endlich der Abend gekommen, der Sanftheit über die Straßen ergießt. Schon sind, aber kaum noch bemerkbar, im Gelände des Stromufers, zu dem ich eben einsam und zerstreut hinabgestiegen bin, stille Friedensbilder zu finden. Gestalten huschen vorbei. Sie suchen sich, sie verbünden sich. Paare erscheinen und verschwinden. Sie sind eng verschlungen und wollen dem geringen Lichte entfliehen, das noch wahrnehmbar ist. Der Abend verflücht die Farben und die Menschenzüge, und die Namen der vorüberhuschenden Menschen und auch das Wesen aller Menschen insbesondere.

Ich bemerke eine Frau, die am Flußufer steht und wartet. Während sich ihre Gestalt berast vom perlgrauen Grunde abzeichnet, scheint es, als wenn der Schatten selber als Last auf ihrem Leibe liege. Ich suche ihren Namen, doch ich erkenne nur die Anmut, die sich in der Unbeweglichkeit dieser Frauengestalt ausdrückt. Und in der Nähe dieser tieferschattenden Karpatide, die eingemeißelt ist unter die schwarzen Säulen und das wolfige Gezweige der hohen, dem verschwindenden Azurblau eingepflanzten Bäume, gehen die Paare einher, sie sich umschlungen halten, mit kaum vernehmbarer Gebärde. Kaum unterscheidet man die beiden Menschen, die sich da umschlingen. Der Schatten schiebt sie in sein Tempelgewölbe ein. Ueber dem Grasabhang erhebt sich eine sehr alte Fächerhütte. Weiter unten rauscht das Schilf in dem Windwehen. Dann stehen, hier und da über den Boden gestreut, rund gewölbte Blumenknospen.

Auf ihrem Antlitz blinkt es, noch sind sie unberührt von dem Wasser. Die Landschaft hat ein erotisches Aussehen, oder sie ähnelt auch einer altertümlichen Landschaft. Man ist irgendwohin in den Raum verschlagen und irgendwohin in die Jahrhunderte rückwärts. Man ist verschlagen zu irgend einem Winkel der ewigen Erde, in dem sich Menschen beider Geschlechter nähern und verflämmern, um die Nachtblässe des Geheimnisses um ihre Weiber zu füllen. (Fortf. folgt.)

Als der Zentralrat und der kommunale Ausschuss des Volksgesundheitsrates von Groß-Berlin veranlaßt worden, bei der Regierung die schleunige Aufhebung resp. Abänderung der Verordnung zu beantragen. Da aber die Schiedsstellen bereits durch Anträge der Vermieter in Anspruch genommen werden und eine große Benachteiligung der Mieter eingetreten ist, so wird es notwendig, daß die Schiedsstellen derartige Anträge vorläufig nicht zur Verhandlung bringen, sondern zunächst die Einziehung der Mietzinsen abwarten.

Der Zentralrat und der kommunale Ausschuss des Volksgesundheitsrates von Groß-Berlin stellen sich auf den Standpunkt, daß nur Verträge, die vor dem 1. November 1917 abgeschlossen worden sind, für eine Steigerung überhaupt in Frage kommen könnten. Auch bei solchen Verträgen sollte die Mehrzahlung für die gesteigerten Heizkosten gesondert von dem Mietzins nach Anhören des Mieterrates festgesetzt werden. Die Preissteigerung darf in keinem Falle auf die Mieter allein abgewälzt werden; sie müßte aber nach Auffassung des Zentralrats und des kommunalen Ausschusses des Volksgesundheitsrates von Groß-Berlin wieder zur Aufhebung gelangen, wenn der Kolkpreis unter 5 M. pro Zentner Gasolz sinkt. Eine Steigerung müßte ausgeschlossen sein bei Mieträumen, deren Jahresmietzins vor dem 1. November 1917 in Groß-Berlin weniger als 3000 M., in Städten von 20-50 000 Einwohnern weniger als 1500 M., in Städten unter 20 000 Einwohnern weniger als 1200 M. betrug.

Die Gemeinden und der Gesehntwurf Groß-Berlin.

Zahlreiche Gemeinden haben dem Ministerium des Innern mitgeteilt, daß es ihnen unmöglich sei, in der Frist von 4 Wochen die Beratungen ihrer Körperschaften über die Groß-Berliner Frage zu Ende zu führen und um eine Rachezeit von vier Wochen gebeten. In den Gemeinden, wo sozialdemokratische Mehrheiten vorhanden sind, findet der dem Gesehntwurf zugrunde liegende Gedanke der Eingemeindung Zustimmung, wie in Pichlerberg, wo die Eingemeindungskommission zu einer dahingehenden Entscheidung gekommen ist. In Tempelhof wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Befugnisse der Bezirksräte zu sehr beschränkt und vor allem nicht scharf genug abgegrenzt seien. Eine unbedingte Ablehnung des Entwurfs trat auch in der Tempelhofer Kommission nicht hervor.

Die Postage der Staatsbeamten.

Und wird geschrieben: Mit welcher verschiedenen Frage bei der Behandlung der Beamten und Arbeiter in Reich sowie anderer Angehörigen gegenüber den Verwaltungsbeamten gemeinlich wird, soll in nächstehendem behandelt werden. Ein Eisenbahner, Schlosser, 26 Jahre alt, unbeschäftigt, erhält, weil er nicht gestreift, als Belohnung 1 Pfund Speck und 1 Pfund Fett zu je 5 M. zugewiesen. Derselbe Arbeiter erhält einen Lohn von 600 M. monatlich. Daß die Eisenbahner schon lange Zeit neben ihrer Ration an Butter usw. noch nebenbei von ihrer Dienststelle alle möglichen Zuwendungen an Lebensmittel erhalten haben, dürfte der Öffentlichkeit doch wohl auch bekannt sein. Aus welchem Grunde erhalte ich, der ich 34 Jahre lang ohne Unterbrechung und ohne Streik meinen Dienst geleistet, nicht auch eine Belohnung in irgend einer Form, die ich ein Arbeiter zweiter Klasse?

Als dreißig Jahre heute um die Verkehrsbeamten, als ob diese eine besondere Stellung von Menschen wären. Wie sieht es dagegen bei anderen Beamten aus? Ich habe das Gymnasium besucht, habe auf der Hüttenhüttenhochschule neben freier Station eine monatliche Löhnung von 75 Pf. erhalten, als Rechenjahrgänger 22 Pf. pro Tag, als verheirateter Beamter 60 M. monatlich, als 30jähriger verheirateter Beamter monatlich 111 M. und erhalte jetzt nach 34 Dienstjahren als 30jähriger Mann ein monatliches Gehalt von 350 M. einschließlich Wohnungsgeld als Kanzlei-Beamter, also mittlerer Beamter, dazu kommt die Teuerungszugabe von 195 M. monatlich, was zusammen 545 M. monatlich. Gibt es wohl eine größere Ungerechtigkeit in der Vergütung der geleisteten Dienste?

Die Stadt Berlin zahlt ihren Beamten Entschädigungszulagen und wie müssen durch höhere Steuern diese Zulagen wieder decken. Warum gibt das Reich seinen Beamten nicht auch auskömmliche Vergütung? Nichts von alledem, sobald es sich um die Verwaltungsbeamten handelt, ist mit einem Male kein Geld da, während es für andere Kollegen in militärischer Hinsicht ausgegeben wird. Wir Beamten sollen früher am Hungertode sterben, jetzt nach der Revolution verschulden und verelenden wie die armen Leute, das sind für uns die Erzeugnisse der Revolution. Sollte dieser Verweisungs-Schick nicht endlich mal dort gehört werden wo er gehört werden müßte?

Neuregelung der Seifenverordnung.

Durch erhöhte Zuteilung von Fetten und Ölen an die deutsche Seifenindustrie wird es möglich, die den Verbrauchern zugeteilten Mengen erheblich zu verbessem. A.-S.-Seife wird in Zukunft ohne Seifenkarte abgegeben. Unter Verbehalten des bisherigen Preises ist ihr Fettgehalt von 16 auf 25 Proz. erhöht worden. A.-S.-Seifenpulver wird unter Verdoppelung des bisherigen Fettgehalts mit monatlich 125 Gramm an Seifenkarte geliefert. Der Preis erhöht sich auf 0,45 M. für ein Halbpfundpaket. Es wird eine einwandfreie Kernseife von Friedensqualität (60 Proz. Fettgehalt) hergestellt. Das 109-Gramm-Stück kostet 0,80 M. Als Kernseife wird eine gute polierte Toilettenseife (80 Proz. Fettgehalt) geliefert. Für die Selbstherstellung wird statt dessen einwandfreie Kernseife zur Verfügung gestellt. Das 100-Gramm-Stück Kernseife wird mit 1,20 M., das 50-Gramm-Stück Kernseife mit 0,60 M. berechnet. Ein Kernseifenabschnitt berechtigt zum wahlweisen Bezug von 60 Gramm der genannten Erzeugnisse. Bereits Ende August soll mit ihrer Lieferung begonnen werden. Der Vorbezug auf Septembermärkten ist bereits im August zulässig.

Angesichts dieser Verbesserungen empfiehlt es sich für die Verbraucher, vom Kauf ausländischer Seife im Salzhandel nach Möglichkeit abzuleben, da durch diese Neuregelung in Kürze ein erhebliches Sinken der bisherigen Seifenpreise zu erwarten ist.

Wahlrechtsfragen im Verbandsauschuss Groß-Berlin. Der Verbandsauschuss hat sich mit einem Antrag zu der erst im April d. J. wesentlich umgestalteten Bauordnung für die Vororte beschäftigt, der eine Lockerung der Bauweise in den Vororten anstrebt. So sehr dieses Bestreben zu begrüßen ist, ist doch dabei wieder zu Tage getreten, daß die neue Bauordnung, welche gegen das Votum des Verbandes erlassen worden ist, eine ganz ungelagerte Grundlage für die Reform der Groß-Berliner Siedlungswesen bildet und daß durch die fortwährenden Änderungen der Bauordnungswesen immer komplizierter und unübersichtlicher wird. Der Verbandsauschuss hat daher erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit dem bisher geltenden Verfahren der sorgfältigen und eines einheitlichen Blaus ermangelnden Änderungen zu brechen und an seine Stelle eine planvolle Reform treten zu lassen mit dem Ziel, das Baurecht klar, übersichtlich und einheitlich für den Bau- und Wirtschaftskörper Groß-Berlin zu gestalten. Leider ist den mehrfachen Anregungen des Verbandes in dieser Hinsicht von der Staatsregierung bisher keine Folge geleistet worden.

Verpflichtung der Kriegesbeschädigten müßte man doch in erster Linie von Reichsbehörden erwarten. Die Reichsregierung ist aber mit einem Angehörigen gefällig, weil er infolge seiner Kriegesbeschädigung ab und zu Verbrennungen erleidet, die aber nicht etwa eine Störung des Betriebs oder eine Verunreinigung des Personals herbeiführen können. Wir können unsere Vermutung über dieses Vorgehen nicht verhehlen.

Die Berliner Vorkämpfer befinden sich zum Teil in traurigem Zustande. Tageshüter die Beamten in den Luft- und Lichtloren Häusern hinter den Schaltern. Es kann nicht gelöst werden und das elektrische Licht brennt den ganzen Tag. Dampfe Hitze brütet in der handgezeichneten Luft. Ganz abgesehen davon, daß derartige Räume unhygienisch sind und in hohem Maße der Verbreitung von

Infektionskrankheiten Vorschub leisten, hat der Mensch auch Anspruch auf helle gesunde Arbeitsstätten. In solchen geschützten Räumen kann frohe Arbeit nicht gedeihen. Und was nützt es, große Krankenhäuser und Heilstätten zu bauen, wenn wir die Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht ändern? Plaster auf offene Wunden! Zu allererst müßte die Wohn- und Arbeitsräume für alle Menschen! In diese Forderung erfüllt, dann können wir weiter Denkmäler und Kunsthallen errichten. Bisher haben wir genug. Ich erinnere an das Wort Mussins: „Seit Jahrtausenden bauen die Menschen, und noch immer haben viele Menschen kein würdiges Dach über ihrem Haupte; seit Jahrtausenden wehen die Menschen, und noch immer gehen viele unter ihnen in unedlen Gewändern.“ Von dem neuen Deutschland hoffen wir Luft, Licht und einfache, im täglichen Leben wirkende Schönheit für alle seine Kinder.

Und die Blaubeeren? Nach einer WTB-Meldung ist der Frühlingshandel frei, entgegenstehende Anordnungen sind ungültig. Einige Berliner Großhändler, die oberirdische Blaubeeren heranzüchten wollten, mußten aber feststellen, daß alles von der Reichsstelle für Obst und Gemüse bezw. der Provinzialstelle in Breslau dem freien Verkehr entzogen ist. Wo kommen sie hin? In Berlin sind sie unerwünscht!

Verstärkung der Wäckerlein haben jetzt ihre Haftung für verlorene oder gestohlene Wäsche auf das 5-fache des Wäsche-, Koll- und Wäckerpreises begrenzt. Das bedeutet bei dem jetzigen Wert, daß unter Umständen 3 M. für einen Verlust in Höhe von 700 M. 125 M. Entschädigung gezahlt werden. Man lese also zu, mit wem man es zu tun hat. Vielleicht interessieren sich auch die Behörden für diese Frage.

„Mangel an Bureauhilfskräften bei einer Landesversicherungsanstalt“ war vor einiger Zeit in einer Notiz der „Voss. Ztg.“ behauptet. Ein schon lange festungsliebender Kaufmann mit Erfahrung in der Sozialversicherung ließ das, schreibt hin und wird an die Korrespondenz „Neuer politischer Tagesdienst“ als Verfasser der Notiz verwiesen. Eine Anfrage dort erhalt die Antwort, daß es sich um die P.-S.-A. Berlin handle, bei dieser aber aus Anlaß des Artikels schon Hunderte von Bewerbungen eingegangen seien. Der Mann fragt mit Recht, woher diese Hunderte gewußt haben, um welche Anstalt es sich handle. Natürlich hatte seine direkte Werbung keinen Erfolg und er meint, die Notiz sei nur Stimmungs- mache gegen die Arbeitslosenunterstützung gewesen. Es war ganz dienlich, einmal der Herkunft solcher Nachrichten nachzugehen.

Die Kopra ist nicht zu verwechseln mit der fürchtbaren Wischlinge Cobra. Es handelt sich aber auch nicht um die Kopra-Kopra, die vor verlogenen Zeiten in ganzen Schiffsladungen aus Afrika nach Deutschland kam, um hier, in der Weltfabrik, auf Fett und Seife verarbeitet zu werden. Nein, unsere liebe „Kommunale Brazis“ hat jetzt unter demokratischen Gemeindevorständen (sowie Abonnenten mehr, daß sie ihnen — der Kopra) Umfang erweitern kann.

Keine „Königlichen“ Antschilder mehr. Der Handelsminister hat an die Behörden einen Erlaß gerichtet, worin es als notwendig bezeichnet wird, auf den Stempel- und Stempelabdrücken sowie bei den Anschriften an und in den Dienstgebäuden der preussischen Staatsbehörden das Wort „Königlich“ zu entfernen oder durch das Wort „Preussisch“ zu ersetzen. Mit Rücksicht auf die derzeitigen Schwierigkeiten empfiehlt der Minister, im allgemeinen von der Beschaffung neuer Antschilder und -stempel vorläufig abzusehen.

Rechtsanstellungen an Kriegesbeschädigte. Beim Verzuge von Militär-Rechtsanstellungen tritt oft dadurch eine erhebliche Verzögerung beim Stodung in der Geburtszahluma ein. Daß die Kriegesbeschädigten pp. die Ueberweisung ihrer Gehaltsanteile bei den zurzeit überlasteten Besonderegelsungsbehörden (Rechtsämtern) direkt beantragen. Die Empfangsberechtigten müssen Ueberweisung ihrer Gehaltsanteile von einer Postanstalt zur anderen zur Vermittlung dieser Verzögerungen nur bei der bisher zahlenden Postanstalt beantragen.

Die Kinder, die für den Kreis Köffel bestimmt sind, fahren nicht mit dem Sonderzuge „Lunenburg“, sondern mit dem Zuge „Paul“ am 16. Juli, mittags 12 Uhr, vom Sottiner Bahnhof ab und versammeln sich um 10 Uhr vormittags Gartenstr. 107 a.

Arbeiterwohnenkarten werden auf verschiedenen Bahnhöfen nur gegen Arbeiter-Ausweis verkauft. Man richte sich also darauf ein!

Die Hundeborre in Berlin O ist auf Lichtenberg ausgedehnt und zwar bis 1. Oktober.

Der große Eindruck in das Verwaltungsgebäude der Gemeinde Reinickendorf am 31. Mai ist jetzt von der Arminialpostkarte angeklagt und die Later dingelt gemacht worden. Beteiligt waren ein junger Mann namens Schulz, der schon vor einiger Zeit bei einem Wohnungseinbruch abgefaßt worden ist, die drei Geschwister Billi, Paul und Gustav Fiedler und ein Händler Georg Lawrence, die jetzt er-mittelt und hinter Schloß und Riegel gebracht wurden.

Wichtige Wädel. In der Jüdenverforgungsstelle, Kommandantenstr. 40/81, besteht eine Abteilung zur Uebernahme der Wädel, die an Bedürftige eine Uebernahme, bestehend aus Stube und Küche, zum Preise von 125 M. abgibt. Teilzahlung ist gestattet. Die Wädel sind im Stadthaus zu beschaffen. Eine Uebernahme des Besuchsbescheides über die Einkommensverhältnisse, Ehe- und Fortschrittskarte sind bei der Jüdenverforgungsstelle vorzulegen; so lange sich die Wädel auf dem freien Wädelmarkt und im Umland nicht wesentlich senken, wird diese segensreiche Maßnahme bestehen bleiben.

Das Odear-Odear-Heim für Heilung und Erziehung gebrechlicher Kinder in Berlin-Dahlem (Fehlendorf, Kronprinzenallee 171) hat im Juni sein Vereinsplakat für Schwerbeschädigte aufgehängt, um sich wieder ganz der Kinderheilung zu widmen. Es werden dadurch über 100 Plätze frei. Dafür kommen neben den schweren Heilungen, den angeborenen oder erworbenen Verunstaltungen zurzeit hauptsächlich die Knochen- und Gelenksverletzungen und die schwere englische Krankheit in Frage, weil in dem Odear-Odear großen Maßstab die besten und zurzeit einzigen Heilmethoden — Licht und Luft — vorhanden sind, nachdem die Friedensbedingungen und die Länder, welche Licht und Luft erzeugen, und außerdem noch Lichtstrahlen zugeführt werden. Die Uebernahme, auch der Knochen und Gelenke, hat sich bekanntlich während der Dampferkrisis in erschreckender Weise ausgebreitet, und wenn der arme kranke Kind des verarmenden Geschlechts nicht am Leben erhalten werden soll, kann es nur dadurch gelingen, daß die Kinder aus den überfüllten Wohnungen in den Wald gebracht werden, besonders dort, wo auch alle übrigen Heilmittel der Odear-Odear im Sinne einer Schule vorhanden sind. Auch in den Wädeln können die Kinder in der Zeit mehr Plätze für Uebernahme der Heilung frei, die ein Handwerk, Handarbeiten oder Gärtnerei lernen wollen. Die Uebernahme der Kinder für Heilung oder Ausbildung zu einem Beruf erfolgt in der vom Odear-Odear-Heim unterhaltenen erziehlichen Postamt und Beratungsstelle in Berlin S., Stähler Str. 9, Sonntag, Mittwoch, Freitag, von 2-3 Uhr, wo ambulante Krüppelkinder behandelt werden und die Kinder Kasse für Uebernahme in geeigneten Anstalten und Wahl eines Berufes erhalten.

Wer war der Ketter? Am Sonntag vormittag tonte auf dem Tegeler See nahe dem Kollerpass ein Ruderboot. Die Anwesen, ein älterer Mann und seine Tochter, seien ins Wasser und schwanden in Lebensgefahr. Ein junger Mann, welcher den Vorzug beobachtet hatte, warf sich kurz entschlossen ins Wasser und rettete unter eigener Lebensgefahr alle drei Personen, welche bestimmungslos geworden waren. Bei der Uebernahme der Kinder, welche sofort angefaßt wurden, verstand der Ketter, ohne jeglichen Dank anzunehmen. Er verlor an der Unfallstelle ein silbernes Fingerringchen, gestrichelt G. E. Er wird gebeten, sich bei Richard Drimann, Schönholzer Str. 4, zu melden.

Zählungswahlrecht Groß-Berlin. Da der Stadt- und Ringbahnverkehr ab heute aufgenommen ist, finden die Termine in Arbeiterlagern ab heute im Angelegenheiten ab Montag wieder statt.

Neuauflage Kontrolle der Erwerbslosen. Für die Dauer des Verkehrsstreiks sind diejenigen Erwerbslosen von der Stempelpflicht befreit, die den längeren Weg zu den Berliner Arbeiterwohnstätten zurücklegen hätten. Diejenigen hier wohnenden Erwerbslosen, für welche die Kontrolle durch einen der drei städtischen Reuölliner

Arbeitsnachweise in Frage kommt, müssen der Stempelpflicht nachkommen.

Petershagen. Gemeindevertretung. Dr. Manasse-Fredersdorf schilderte die Pflichten und Aufgaben eines Schularztes. Hiernach führte Genosse Mai unter allgemeiner Zustimmung aus, daß die G.-R. bereits seit 15 Jahren für schulärztliche Untersuchungen der Kinder wohl Mittel im Etat vorgehalten, doch nie verausgabt habe. Derselbe Sparen auf Kosten der Gesundheit der Kinder müsse ein Ende bereitet werden. Sein Antrag auf sofortige Anstellung eines Schularztes wurde einstimmig angenommen. Der Antrag des Gemeindevorstandes Viktor Wallis auf Gewährung einer Entschädigung von 300 M. wird abgelehnt. Genosse Mai beantragte, den Kohlenhandel in Gemeindeverwaltung zu übernehmen. Es gelte neue Einkommensquellen ohne Belastung der Einwohnerchaft zu schaffen. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt. Nach einer erregten Debatte über die Planierung des Abelschen Grundstückes schloß die Sitzung.

Lankwitz. Der Gemeindevorstand schreibt uns zu unserem Bericht vom 28. v. M.:

Die Gemeindevertretung hat beschlossen, den Markt zu errichten und einen Vertrag mit einem Pächter abzuschließen. Der Beschluß ist jedoch so aufzufassen, daß lediglich eine im Marktverkehr bestens vertraute Person angestellt wird, die für ihre Tätigkeit eine entsprechende Vergütung erhält, die Markteinnahmen aber der Gemeindekasse abfließen. Im günstigsten Falle handelt es sich um eine wöchentliche Markteinnahme von 2 bis 300 M. Von dieser Summe erhält der Pächter für seine Arbeit 20 bis 30 Proz. Nebenfalls ist von einer Ausdehnung der Allgemeinbevölkerung durch den Pächter überhaupt keine Rede, ebenso auch von der Stärkung des Kapitalismus nicht. Die Gemeindeverwaltung ist gezwungen, den Markt, um ihn überhaupt lebensfähig zu machen, einem Pächter zu übergeben, der aber an der Lebensfähigkeit des Marktes nur dann Interesse hat, wenn seine Leistungen auch durch entsprechende Entschädigung abgefunden werden.

Romowes. Am 30. und 31. August veranlaßt der Arbeiter-Turn- und Sportverein eine Rundtour nach Romowes. Die diesjährige Turn- und Sportreinigung leitet an vielen Tagen das Fest des Wäckerlein Festens. Es ist daher mit einem harten Zugang auswärtiger Turnerinnen und Turner zu rechnen. Diese müssen nun auf ein bis zwei Nächte untergebracht werden. Wir richten an die Einwohnerchaft von Romowes die Bitte, und so viel wie irgend möglich Freiquartiere zur Verfügung zu stellen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wilmersdorf. Vertonung- und Tamen-Koststoffe merklich von 9-12 Uhr, Stielecke 7, gegen übliche Bezugsgeldern. Wädel in neuesten Formen, Kollme, Koll, Frauen-Whitencoll, aus Friedensstoffen in vielen Größen und Farben vorräthig. Bezugsgeldern erhält jeder, der im vorigen Jahre kein Antschiltschloß oder keinen Reichsmantel bezogen hat. Anwesenliche, fertige Antschiltschloß, Kollme und weisse Reimantel und viele andere Bekleidungsstücke, darunter auch Stiefel mit feiner Lederarbeit, werden ohne Bezugsgeldern gegen Legitimation abgegeben.

Marienthal-Läden. 250 Gramm Okerkoll (35), 200 Gramm Hälftenmehl (32, 33). Für Jugendliche 300 Gramm Feinmehl (38, 39), je 1 Pfund Graupen und Okerkoll (45, 46). Uebernahme der Wädel bis Freitag, 30 Gramm Margarine (X 8). Bis 11. Juli in den Gemeinde-läden an Kinder im 1.-6. und an Jugendliche im 7.-17. Lebensjahre Antschiltschloß (11). Kollme- und Jugendliche-Karte vorzulegen. Krankenbrot nur 300 Gramm.

Johannisdahl. 250 Gramm Antschiltschloß (35), 200 Gramm Hälftenmehl (40), 1 Pfund Reis (43), 500 Gramm Rühnmehl (42).

Lichtenberg. Für Kranke auf den Wädeln bis 12. Juli 6 Eier zu 1,25 M., Weizenmehl (W 8). Ganz auf Antrag für Familie mit mindestens 3 Kindern unter 12 Jahren (300) Uebernahme Antschiltschloß 87 bis 15. Juli. Kernmehl-Versand-Kartoffel- und Weizenmehlstränge. **Tempelhof.** Bis Freitag für folgende Kartoffelmenge 750 g Brot (50), 225 g Kartoffelpräparate (51). Rühnmehl 300 g (42) der Lebensmittelkarte des Reiches. Preis 0,82 M. Reis 125 g (48). Für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre: 1 Pfund Okerkoll, 5 Pfunde Reis, 125 g Reis. Für Wäckerlein: 1 Pfund Weizen, 1 Pfund ufr. Weizenmehl, 125 g Reis. — Anmeldung: Kaiserliche oder Kaiserliche 250 g (49), am Kaiserlichen 300 g (51). Für Jugendliche: Reis 125 g (39), Hafermehl, 125 g (40), Weizen 125 g (41). — Marmelade, 250 g (35) ausländisches oder Inlandmehl 600 g (V 7, W 8). — Uebernahme: Je 250 g (O 9, D 10, L 12). — 1 Lote amerik. fonschierter Rüh (K 2) für Kinder, Serie VI-XII. — Fertige 250 g (32).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

30., 31. und 32. Udtg. Sonntag, den 18., Gemeinamer Familienausflug nach Birkenwerder-See und Dranienburg. Abfahrt früh 8 Uhr vom Bahnhof Gesundbrunnen. Nachzügler treffen sich mittags in Lehmig. Treffpunkt vor 32. Udtg. bei Korn. Kleinstr. 10.

Neufeld. 5. Udtg. Morgen, Freitag, 7 Uhr in Wollf Gesellschaftshaus, Alchhofstr. 41. Uebernahme Antschiltschloß.

Pankwitz. Morgen Freitag, 8 Uhr, 6. Uebernahme des Gen. Herberth Berger über: „Die Geschichte des Sozialismus“ im Zeichenaal der Equite II, Seidlichstraße.

Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegesbeschädigten und Kriegesinteressierten. Ortsgruppe Herzfelde und Umgegend. Sonntag, 12. Juli 8 Uhr, im Gesellschaftshaus Zähler. Echte Versammlung aller Kriegesbeschädigten, Kriegesinteressierten und Kriegesinteressierten. Das Recht der Kriegesbeschädigten und ihre Zukunft. Referenten: Frau Schildhauer und Kommandant Sieghard. Mitgliederarten mitbringen. Aufnahme neuer Mitglieder. — Uebernahme der Antschiltschloß (am Wollfmarkt) nach einem Vortrag und unter Führung des Vizepräsidenten Schürle heute abends 8 Uhr. Uebernahme 79, Uhr. Eintritt frei.

Berichtszeitung.

Falsche „Rost-Truppen“ auf der Deutsfahrt.

Am 17. Februar d. J. erschienen in der Wohnung des Mechanikers Vorhel in der Kleinen Frankfurter Straße zwei mit Gewehren und Handgranaten bewaffnete Soldaten unter Führung des Arbeiters Otto, der Vizefeldwebeluniform trug. Dieser legte einen gefälschten Ausweis des Polizeipräsidenten vor, nach welchem er berechtigt war, Schleichhandelsware zu beschlagnahmen. Die Wohnung wurde durchsucht, und schließlich fanden die Soldaten, welche falsche Abzeichen des Reichswehrregiments trugen, 25 Pfund falsches Schweinefleisch, zu dessen Fortschaffung Vorhel auch noch einen Rucksack zur Verfügung stellen mußte. Otto stellte eine Quittung auf den Namen „Wachmeister Brandt“ aus. Auf der Straße wurde das erbeutete Fleisch dann gleich in drei Teile geteilt. — Das Gericht erkannte gegen Otto auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten der Untersuchungshaft bei sofortiger Quittung.

Eines Tages im März d. J. wurde der Wäckerlein Voge in Weihenfeld telephonisch angerufen mit der Anfrage, sich sofort mit seiner Ehefrau in dem Berliner Polizeipräsidenten, Zimmer 86, einzufinden. V. der sich absolut nicht denken konnte, um was es sich handelte, fuhr sofort nach Berlin. Kaum hatte er seine Wohnung verlassen, als dort drei Männer in Uniform, der Schloffer Hofme, die „Sicherheits“-Soldaten Wehr und Richter, erschienen, dem allein anwesenden Sohn des V. die Pistole auf die Brust setzten und im Befehlston ausliefen verlangten, wo die Waffen verhehrt seien. Der junge Mensch wurde darauf eingehend untersucht, daß er nicht wußte, Hüße herbeizurufen. Die Männer fanden schließlich eine Kasse mit 20 000 M. Bargeld, welches V. trotz aller Warnungen gehandelt hatte. Der fünfzehnjährige V. wurde dann mit in das Militärarrest genommen, und in räumlicher Freiheit ging es nach Berlin. Untenwegs sollte der junge V. bei voller Fahrt auf dem Wagen geworfen werden. Richter erhob jedoch hiergegen Einspruch, so daß man das Auto wenigstens halten ließ, nachdem man dem jungen Menschen nochmals die Pistole auf die Brust gesetzt hatte mit den Worten: „Wenn du die Schranke nicht hältst, liegt du ein Ding gebrennt!“ — Dem Wäckerlein der Geschworenen gemäß wurden verurteilt: Hofme zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust, Wehr zu 3 Jahren Zuchthaus und Richter zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus sowie zu 10 Jahren Ehrverlust.

Die Wissell-Krise.

Weimar, 9. Juli. (Sig. Drahtbericht des „Vorwärts“): Ein Teil der liberalen Presse nimmt Triumphgefänge an über das angebliche Scheitern der Wissellschen Planwirtschaft. Daran ist nur soviel wahr, daß das Kabinett allerdings dem vom Reichswirtschaftsminister Wissell vorgelegten Entwurf über die künftige Planwirtschaft in seinem ganzen Inhalt sich nicht angeschlossen hat. Damit ist aber nicht etwa gesagt, daß das Kabinett, wie die liberale Presse annimmt, sich für das freie Spiel der Kräfte ausgesprochen hätte. Die Reichsregierung denkt vielmehr gar nicht daran, das von der Händler-Presse geforderte freie Spiel der Kräfte auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt eintreten zu lassen. Sie ist vielmehr der Meinung, daß größere und sofortige Sozialisierungen ins Auge gefaßt werden müssen. Die Stellungnahme des Kabinetts hat nur die Bedeutung, daß es sich nicht allen Wissellschen Vorschlägen bedingungslos angeschlossen hat. Die Reichsregierung ist aber noch weiter davon entfernt, die Forderungen der Manchesterpresse erfüllen zu wollen. Infolgedessen ist auch der Jubel der liberalen Presse, die den Rücktritt von Wissell schon gekommen sieht, durchaus gegenstandslos. Es ist vielmehr anzunehmen, daß es gelingen wird, Wissells Bewährte Kraft auf seinem Posten zu erhalten und eine Mittellinie zwischen den verschiedenen Auffassungen zu ziehen. Wissell selber hat seine weiteren Entschlüsse zurückgestellt, bis die sozialistische Fraktion zu der ganzen Materie Stellung genommen hat. Das wird in einer Fraktions Sitzung am Donnerstag oder am Freitag abend geschehen. Außerdem ist zu bemerken, daß auch im Kabinett selber von einer scharfen Dissonanz, die eine Trennung Wissells erforderlich machen würde, keine Rede ist. Es ist vielmehr Grund genug vorhanden, zu der Annahme, daß die aufgetauhten sachlichen Meinungsverschiedenheiten eine durchaus kollegiale Lösung finden werden.

An der Spitze der liberalen Presse, die sich für das freie Spiel der Kräfte, d. h. für die schrankenlose Bereicherung der Händlerkreise einsetzt, steht das „Berliner Tageblatt“. Dieses Organ der demokratischen Partei hat sich während des Krieges eine selbständige Haltung gegenüber den Militaristen und Imperialisten bewahrt, die durchaus anzuerkennen ist. Es wäre nun sehr zu wünschen, wenn das „Berliner Tageblatt“ diese Selbstständigkeit auch gegenüber den Händlerkreisen, die auf Lösung aller wirtschaftlichen Bande drängen, betätigen würde. Die Zeit des Manchesterismus ist endgültig und für immer vorbei. Das sollte sich das „B. T.“ ebenfalls sagen lassen und dem Drängen der Profitmacher aus kaufmännischen Kreisen daher den nötigen Widerstand entgegensetzen. Auf jeden Fall ist der Triumphgesang, den das Blatt über die Wissell-Krise angestimmt hat, hinfällig. Es ist nicht nur zu wünschen, sondern ist durchaus wahrscheinlich, daß es gelingen wird, sowohl den Reichswirtschaftsminister Wissell in seinem Amt zu erhalten, als die Wissellschen Ideen in Verbindung mit den Plänen einiger seiner Kollegen in Einfluß zu bringen. Das umso mehr, als der Weimarer Parteitag der Sozialdemokratie sich zu dem Wissellschen Projekt im allgemeinen sympathisch geäußert und in einer Resolution empfohlen hat, zu irgend einer planmäßigen Wirtschaftsordnung überzugehen und nicht der Spekulation und dem freien Spiel der Kräfte die künftige Gestaltung unseres Wirtschaftsmarktes zu überlassen.

Zur Verhaftungsaffäre Marx.

Der Vorsitzende des Allg. Verh. Herr Marx bittet uns, gegenüber den Erklärungen der Staatsanwaltschaft I um Veröffentlichung folgender Feststellungen: „Daß ich, nach dem Eingehändnis der Staatsanwaltschaft, gleichzeitig mit Emont am 30. Juni verhaftet werden sollte, ist um so merkwürdiger, als mir, da ich mich aus eigener Initiative zweimal der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stellte, Herr Staatsanwalt zum Brösch erklärte, daß nichts gegen mich vorläge. Es ist unrichtig, daß ich zu einem Verhör vorgeladen worden, ebenso unrichtig, daß ich vernommen worden sei. Gegenüber der Behauptung, daß wenn ein Haftbefehl gegen mich vorliege, er jedenfalls nicht mit meinen sozialen Bestrebungen zusammenhänge, sondern auf eine private Angelegenheit zurückzuführen sei, erkläre ich: Ich weiß nicht, was die Staatsanwaltschaft will und muß es mir nachdrücklich verbitten, daß sich die Staatsanwaltschaft in so dunklen Andeutungen ergeht. Wenn die Staatsanwaltschaft ein so gutes Gewissen hat wie ich, kann ich ihr dazu gratulieren.“

Eichhorn vor dem Untersuchungsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß der Preussischen Landesversammlung legte heute die Vernehmung des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn fort. Die Mitglieder des Ausschusses legten dem Zeugen eine große Anzahl von Fragen über die Vorgänge am 8. Dezember, über die Vorbereitungen in der Nacht vom 9. auf den 10. Dezember vor dem Einzug der Fronttruppen, über die Waffenkäufe und Waffenbeschlagnahmen des Polizeipräsidenten zur Zeit Eichhorns und über Eichhorns Tätigkeit in der sogenannten Sparsparatwoche vor. Fragen und Antworten führten wiederholt zu lebhaften Auseinandersetzungen, an denen sich auch die Regierungsvertreter, Geheimrat Dohé und erster Staatsanwalt Weismann, beteiligten.

Die Räumung des Ostens.

Eine deutsche Note an Clemenceau.

Paris, 8. Juli. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Freiherr v. Lersner, übermittelte heute mittag dem Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note: Die Ausführung des Friedensvertrags im deutschen Osten macht unmittelbar nach der Ratifikation umfangreiche Vorbereitungen erforderlich. Insbesondere würde eine unmittelbare Zurückziehung der deutschen Behörden aus den abzutretenden Gebieten ungewissheit große Verwirrung hervorzurufen. Dies gilt vor allem für die innere Verwaltung, die Rechtspflege und das Verkehrswesen. Sicherheit und Ordnung erscheinen um so schwerer gefährdet, als die nationalen Gesetze in den in Frage kommenden Gebieten bereits jetzt zu einer starken Erregung der ganzen Bevölkerung geführt haben. Die deutsche Regierung hält deshalb die beschleunigte Einleitung unmittelbarer Verhandlungen mit der polnischen Regierung für unerlässlich. Das Ziel dieser Verhandlungen würde sein, unter Zugziehung vor allem auch der beteiligten preussischen Ressorts, eine geordnete Ubergabe und Ueberleitung der einzelnen Verwaltungszweige sicherzustellen und die Einzelheiten über eine planmäßige Zurückziehung der preussischen Beamten festzulegen.

Heute Arbeitsaufnahme in Hamburg.

Hamburg, 9. Juli. Heute fand eine Versammlung der Ausständigen statt, in der nach längerer Verhandlung die Wiederaufnahme der Arbeit am Donnerstags früh beschlossen wurde.

Erich Mühsam und Genossen vor dem Standgericht.

Aus der **Wochenschrift** umfangreichen Gemeindefestnahme ist hervorzuhelien, daß der frühere Landwirtschaftsminister Steiner der Meinung Ausdruck gab, daß Schneppenhorst es „mit feiner Seite verderben“ wollte. Er selbst habe niemals Zweifel gelassen, daß er Gegner der Rätereublik sei. Der Angeklagte Waisou erklärt, daß er früher nicht politisch tätig gewesen sei. Er habe sich als Arbeiter zu der Gruppe geschlagen, auf die die Rechte der Arbeiter sind, das seien seiner Meinung nach die Kommunisten gewesen. Er sei Kontrolleur gewesen und habe darauf zu achten gehabt, daß die Verhaftungen von Geiseln reell erfolgten und daß keine ungewollte Verurteilung erfolgte. Die Verhaftungen seien auf Weisung Tollers vorgenommen. Er selbst habe keine Verhaftungen verfügt, nur einmal habe er eingegriffen, um einen 75 Jahre alten Herrn freizulassen. Auch der Angeklagte Peggema erhielt von Toller an einem Tage zehn **Platz-Auweisungen für Verhaftungen von Geiseln.**

Der frühere Handelsminister Simon aus Nürnberg, Mitglied der U. S. P., erklärt, daß seiner Meinung nach die Regierung Hoffmann am 7. und 8. April nicht mehr bestanden habe. Der Vorsitzende weist den Zeugen darauf hin, daß er doch selbst öffentlich seinen Austritt aus der Regierung erklärt habe. Er könne doch nicht einen Austritt aus etwas erklären, das nicht mehr existiere.

Zeuge Groehn, Sekretär im Ministerium für soziale Fürsorge, bezeugt, daß drei Unabhängige beim Minister Saath erschienen und erklärten, daß sie den Zusammenritt des Landtags in seiner Weise dulden würden. Nach Ausrufung der Rätereublik in Augsburg sei ihm die Mitteilung zugestellt worden, daß am nächsten Tage das Meiche in Nürnberg geplant sei. Es sollten um 9 Uhr alle Glocken läuten zur Einleitung des Generalstreiks als Vorbereitung der Rätereublik. Er habe darauf Dr. Wadler zu sich gerufen, um mit ihm zu verhandeln, wie ein fürchtbares Ungeheuer zu verhindern sei, und ihm vorgeschlagen, ein Triumpheum aus einem Unabhängigen, einem Kommunisten und einem Reichheitssozialisten zu bilden, die in der Lage seien, entschlossen die Führung in die Hand zu nehmen, damit die Massen dem Führer nicht entgittern. Dr. Wadler sei der Meinung gewesen, daß die Ausrufung der Rätereublik in diesem Augenblick

ein verführtes Abenteuer

sei, und er sei mit diesem Plane einverstanden gewesen. Minister Saath habe aber den Plan glatt abgelehnt und ihn als Verfassungsbuch bezichtigt. Der Zeuge sagt, er habe allen Grund gehabt anzunehmen,

daß Landauer und Wadler so eitel seien,

daß sie, wenn sie einmal an die Spitze gelangt seien, alles daran gesetzt hätten, um Mutvergehen und andere schlimme Dinge zu verhindern. In der Sitzung des Kriegsministeriums war auch Gaudorfer für die Rätereublik; er stellte nur die Bedingung, daß die Sozialisierung bis zu 1000 Tagewerken nicht erfolgen dürfe und daß die ganze Sozialisierung in Händen der Bauern liegen müsse. Dr. Wadler war damit einverstanden. Es war einfach ein Skandal, in welcher Lage der Minister Schneppenhorst sich in jener Sitzung befand. Er stand ganz allein. Die anderen Minister kümmerten sich um nichts und da war es unmöglich, daß er bei den aufgeregten Leuten gegen die Rätereublik hätte sprechen sollen.

Man hätte ihn einfach an die Wand gestellt. Wiederholt hat aber Schneppenhorst mir gegenüber keinen Zweifel gelassen, daß er gegen die Rätereublik sei.

Es ist nicht wahr, daß Schneppenhorst erklärt hat, er werde in ein Kopfs für die Rätereublik ein. Die Sache war so: Landauer meinte ein, wenn Schneppenhorst nach Nürnberg gehe, wer bürgte dann dafür, daß er von dort aus nicht mit Soldaten und Flugzeugen nach München vorgehe und die Rätereublik so mache. Schneppenhorst erklärte darauf, ich bürgte dafür, daß ich in Nürnberg nichts unternehmen werde, solange die Abmachungen gehalten werden und die Ausrufung der Rätereublik vertagt wird, bis die Stimmung im Lande festgesetzt ist.

Vorsitzender: Wie kam es dann aber, daß so viele Anwesende den Eindruck hatten, Schneppenhorst sei für die Rätereublik? Zeuge: Da war der Wunsch der Later des Gedankens, wenn Schneppenhorst das gesagt hätte,

wären wir von der Mehrheitspartei ihm ins Gesicht gesprungen.

Es hätte doch der Genosse Dill erklärt: Wenn die Partei für die Rätereublik sich erklärt, treibe ich aus ihr aus. Wir hatten diesen Standpunkt von Schneppenhorst, der als Ministerbeauftragter der Partei war, niemals sollen gelassen. Vorsitzender: Weshalb hat er es denn nicht gemacht wie Dill? Zeuge: Das konnte er als Minister nicht. Er mußte die Sache hindern und Zeit gewinnen, bis wir der Situation Herr werden konnten. Wenn die Leute die Abmachungen gehalten hätten, wäre uns das auch gelungen. Landauer erklärte aber: „Heute noch rufen wir die Rätereublik aus, mit Euch oder gegen Euch!“

Der Angeklagte Mühsam nimmt für sich diese Äußerung in Anspruch. Zeuge: Das ist möglich.

Erich Mühsam: Es haben eine Reihe Leute sich für die Rätereublik ausgesprochen, ohne daß ihre Parteigenossen ihnen ins Gesicht gesprungen sind. Andererseits ist doch Dill auch nicht an die Wand gestellt worden.

Zeuge: Schneppenhorst war etwas anderes, bei ihm wäre es Parteiverrat gewesen. Dill ist es auch nur gelungen, in dem Wirrwarr und der Erregung namentlich über Ledine aus der Sitzung und aus München herauszukommen. Schneppenhorst ist an dem Abend auf Schritt und Tritt verfolgt worden. Die Frage des Verteidigers, ob einer unter den Angeklagten sich befindet, von dem zu vermuten sei, daß er Schneppenhorst niederschlagen könnte, bezieht sich auf den Zeuge.

Dr. Wadler: Der Zeuge hat erzählt, daß ihm die Meldung gekommen wäre, daß ein Ruf für die Rätereublik geplant gewesen sei. Ich nehme an, daß die ganze Sache nicht auf bayerischem Miß gewachsen ist.

Vorsitzender: Das nehmen andere auch an. Dr. Wadler: Ich nenne nur die Namen Weimar und Berlin. Verteidiger Dr. Pannföhr: Sie behaupten also, daß man die Reichsregierung in Wien hat. Dr. Wadler: Ja, ich bin sehr davon überzeugt. Ich habe immer vor Putzian und Hemmstädt gewarnt. Bei der U. S. P. ist jedoch auch anzuschließen und aus meinem Verkehr mit den Kommunisten weiß ich, daß sie einen Ruf nicht planten. Ledine kam nach München, um von den Verfolgungen auszurufen. Mühsam: Der Verdacht, daß wir in eine Falle gegangen sind, ist bei uns schon in den ersten Tagen der Rätereublik erörtert worden.

Ich habe schon berent, daß wir so verführt gewesen sind und habe Ledine recht gegeben, daß er die Sache aufschreiben wollte. Wir hatten erfahren, daß von Bamberg aus zwischen Hoffmann und Scheidemann Unterhaltungen stattgefunden hatten. Es ist wohl möglich, daß man zu der Einsicht gekommen war, daß in Bayern die Rätereublik nicht mehr aufzuhalten sei. Und da wollte man eine Frühgeburt zustande bringen. Gätten wir gewartet, bis alles in Sicherheit war, dann wäre die Rätereublik nicht mehr zu fürzen gewesen. Wir sind das Opfer einer Intrige geworden.

Der Zeuge, Hotelbesitzer Simon aus Tübingen, erzählte eine Verfügung Dr. Wadlers, daß sein Hotel enteignet werden sollte. Es sollten 20 Arbeiterfamilien hineingelockt werden. Er sei mit seinem Onkel bei Wadler vorkam und habe ihm bargelegt, daß sie beide als Invaliden seien, und er mit seiner alten Mutter von dem Hotel leben müßten und ruinert würden. Wadler habe gesagt, er würde dann Unter-

stützung bekommen. Ich wandte noch ein, es dürfe doch nicht zugehen, wie im Krieg es geht, wo man den Leuten alles wegnehme. Dr. Wadler erwiderte:

„Jetzt ist eben hier innen Krieg!“

Zeuge Rechtsprokurator Löwenfeld ist der Ansicht, daß die sogenannte

Einigung des Proletariats nur eine Däpierung der großen Masse für die Zwecke der Kommunisten

war. In den Kreisen der Mehrheitspartei herrschte in jenen Tagen eine reine Angstpolitik. Auch die Mitglieder des Bauernrates waren bereit, Flugblätter für die Rätereublik herauszugeben.

Der Zeuge Dr. Löwenfeld berichtet weiter, daß er einer Versammlung im Löwenbräuteller bewohnte. Einen ebenso ungünstigen Eindruck, den der Zeuge als deprimierend und Skandalös bezeichnet, macht der Verlauf des sozialdemokratischen Goutages für Südbayern. Auch hier war man aus tatsächlichen Erwägungen bereit, der Rätereublik zuzustimmen. Der Zeuge hat dann am 12. und 13. April die Organisation der Münchener Soldaten gegen die Rätereublik mitgeteilt. Dieses Unternehmen sei gescheitert, weil Militärminister Schneppenhorst nicht rechtzeitig die zugelegte Hilfe schickte.

Dr. Wadler macht dem Zeugen Vorbehalten, daß sein Unternehmen doch ebenfalls ein Ruf gewesen sei, der sich gegen die in München rechtmäßig bestehende Regierung richtete und sich daher als dieselbe Handlung eines Hochverrats charakterisiere, wie dem Angeklagten zur Last gelegt werde. Zeuge Dr. Löwenfeld weist diese Unterstellung entschieden zurück. Es könne von einem Ruf nicht die Rede sein, sondern es handelte sich um eine Aktion für die rechtmäßig in Bayern, mit Ausnahme von München, bestehende Regierung. Die Aktion richtete sich gegen die Gewalttätigkeit einer kleinen Minderheit, der es in München gelungen war, das Heft in die Hand zu bekommen. Der Zeuge weist auch die Unterstellung des Angeklagten zurück, daß sie hätten von vornherein überzeugt sein müssen, daß dieses Unternehmen ausfichtslos sei und Mutvergehen herbeiführen könnte. Im Gegenteil, sie seien überzeugt gewesen, daß es gelingen würde, sonst sei es ein Selbstmordverbrechen, denn sie hätten gewärtig sein müssen, totgeschlagen zu werden, falls es mißlänge. Tatsächlich sei ja auch der ums Leben gekommene Soldatheimer im Automobil herumgeführt, mit der Lejuna, ihn, den Zeugen, mitzubringen.

Das ganze bayerische Volk sei gegen das Vorgehen der Minderheit in München gewesen. Allerdings sei dieses Unternehmen unter Beteiligung der U. S. P. und wie er leider sagen müsse, einer großen Zahl von Mehrheitssozialisten unternommen worden.

Als wir diese Aktion unternahmen, waren wir überzeugt, daß die sogenannten Volkshauptkämpfer, die die Fägel in München in den Händen hätten, in wenigen Tagen ohnehin verschwinden würden. Wir waren aber überzeugt, daß hinter den Mühsam, Wadler, Landauer und Genossen befähigtere und begabtere Kräfte standen, nämlich Kommunisten unter Dr. Lewinen, die nur darauf warteten, das Heft an sich zu reißen, wenn jene abgewirrt hätten. Sie hätten dann eine Schwedenscher-

Dr. Wadler behauptet, die Kommunisten seien viel ehrlicher gewesen als die Mehrheitssozialisten.

Zeuge Löwenfeld: Das ist ohne weiteres zuzugeben, daß ein großer Teil meiner Parteigenossen sich wesentlich unehrlicher erwiesen hat, als die Kommunisten. In meiner Partei und bei der U. S. P. waren es

eine Reihe Schieber, die aus Ehrgeiz die Sache betreiben.

Die Kommunisten hatten aber bereits eine Gegenregierung gebildet und Dr. Wadler wird bestreiten, daß sie schon Erhöhungen ausgestoßen hätte. Ich muß auch vollkommen zugestehen, daß es nicht zur Rätereublik gekommen wäre, wenn die Minister am 4. April eine ganz einmütige Erklärung gegen die Rätereublik abgegeben hätten. Insbesondere gilt das vom Militärminister Schneppenhorst, dem Stadtkommandanten Dürr und auch anderen Ministern. Auch in der Unabhängigen Partei waren zum größten Teil selbst die Anhänger des Ministeriums nicht dafür zu haben gewesen, da sie allgemein der Ansicht waren, daß das Unternehmen verfrucht sei. Toller war, als er in Nürnberg die Meldung bekam, überzast und erklärte auch, es sei zu früh. Damals war es nicht die U. S. P. als solche, die zur Ausrufung gerieten hat, vielmehr waren in ihr und in der Mehrheitspartei sowie im revolutionären Arbeiterrat nur einige ehrgeizige Schieber, die darauf drängten. Die Mehrheitspartei war der politischen Situation nicht gewachsen und hat aus Angst mitgemacht. Schuld daran waren auch die verlogenen Telegramme, die im ganzen Lande über das Anwachsen der Stimmung für die Rätereublik verbreitet waren.

Vorsitzender: Worauf führen Sie es zurück, daß man unterlassen hat, energisch Stellung zu nehmen?

Zeuge: Auf verschiedene Gründe. Ich bin absolut nicht der Meinung, daß Schneppenhorst in der Sitzung im Kriegsministerium an die Wand gestellt worden wäre, wenn er gegen die Rätereublik gesprochen hätte. Nachdem sich in dem jetzt eben verhandelten Prozeß Schneppenhorst gegen die „Neue Zeitung“ 25 bis 30 Zeugen alle übereinstimmend und ergänzend über die Haltung Schneppenhorsts ausgesprochen hatten, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß er sich bemüht hatte, die Günst der Versammlung zu erwerben und daß er mit dem Gedanken der Rätereublik gespielt hat. Daher konnten die Leute in dem guten Glauben sein, daß er auf ihrer Seite stehe. Das Ganze ist nur die Folge seiner zu eifrigen Haltung.

Mühsam protestiert dagegen, daß man ihm etwa einen Mangel an geistigen Fähigkeiten

zubilligen könnte. Er bestreitet, daß er irgendwie psychopathisch sei. Er würde es zugeben, wenn man ihn einen Charakter nennen würde, denn dafür habe er in dieser Verhandlung genügend Beweise geliefert. Dr. Löwenfeld hat auch gesagt, daß meine Ansichten verworren seien. Ich möchte wissen, worauf er sich dabei stützt und ob nicht bloß bei ihm eine Veränderung der Auffassung über meine Ansichten vorliegt. Ich glaube, der Zeuge schätzt die Grenzen dieser Auffassungsgabe nicht richtig ein.

Zeuge Dr. Löwenfeld: Ich möchte noch einmal hervorheben, daß Mühsam mir erklärt hat,

Karl Marx sei der größte Idiot der Weltgeschichte.

Trotzdem hat er sich mit Lenin und den anderen Kommunisten verstanden, obwohl diese die konsequentesten und fanatischsten Marxisten sind. Ferner hat er, obwohl er seit Jahren sich als Anarchist bezeichnet, der den Staat abschaffen will, sich mit Sozialisten verbündet, die in der Form der Diktatur die Rätereublik errichten wollten, durch die auf höhere hinaus ein Zwangsstaat errichtet würde. Dagegen erkläre ich, daß ich an der politischen Unfähigkeit und Ehrlichkeit Mühsams keinen Zweifel habe.

Mühsam bezeugt sich dann darüber, daß von der Regierung in Bamberg aus mit Verleumdungen gegen die Anhänger der Münchener Rätereublik gearbeitet worden sei, um Stimmung zu machen. Man habe zum Beispiel gegen ihn in Flugblättern die Behauptung verbreitet, er habe noch nie eine Stunde gearbeitet, bringe sein Leben im Kaiserhaus zu, lebe nur von Unterstützung und Ausbeutung anderer und

sei so schmutzig, daß es von weitem stinze.

Aus dieser amtlich verbreiteten Stimmung heraus seien seine Freunde in München ermordet worden.

Die weitere Beweisaufnahme ergab am heutigen Tage nichts besonderes Neues.

Norgen soll Militärminister Schneppenhorst vernommen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Regelung von oben.

Von einem erfahrenen Gewerkschaftsgenossen wird uns geschrieben: Mit diesem Artikel im „Vorwärts“ vom 5. Juli schneidet der Einsender eine Angelegenheit an, die tatsächlich dringend eine Regelung erfordert, wobei es im Augenblick noch offen bleiben mag, welche Instanz die Lösung der Frage unternimmt. Eine Lösung durch die einzelne betroffene Gewerkschaft dürfte in diesen Zeitaltern am Egoismus der Beteiligten scheitern, so daß hier nur die Generalkommission — jetzt Gewerkschaftsbund — helfen kann, wenn sie in diesem Standpunkt durch das allgemeine Solidaritätsverlangen der Arbeiterschaft entschieden gestützt wird, aber auch nur dann.

Gefühlsmäßig hat wohl schon mancher es als einen auf die Dauer unmöglichen Zustand empfunden, daß es einzelne Kategorien von Beschäftigten der lebensnotwendigen Berufe lediglich durch ihre Monopolstellung vermögen, Preisbedingungen zu erzwingen, die weit über dem Durchschnitt der Bevölkerung stehen, während andere leichter entbehrliche und darum gegenwärtig weniger dringend beschäftigte Berufe für diese nun nicht so schnell zu ändernde Verhältnisse dauernd am Wagen gestraft werden; ja mehr noch, daß u. a. eine gering entlohnte Kategorie aus Solidarität in den Sympathiestreit tritt oder sonst große Arbeitsverluste in den Kauf nimmt, um einer kleineren, vielleicht weit höher entlohnenden zu einer weiteren Steigerung zu verhelfen. Die Entwicklung von heute mag man als Folgeerscheinung der Feuerungsverhältnisse in Kauf nehmen. Bei der Monopolstellung einzelner Betriebe ist aber nicht die Garantie vorhanden, daß deren Arbeiter- oder Beamtenchaft immer jenen Grad sozialistischer Einsicht hat, um ihren Pflichten gegen die Gesamtheit, die ihnen jene Funktionen anvertraut hat, die Möglichkeit zur Selbstbereicherung durch Ausnutzung ihrer Zwangsmittel hintanzustellen. Und sozial ist es zweifellos nicht, einen bevorzugten Teil der Bevölkerung (und seien es in diesem Falle selbst Arbeitnehmer) lediglich auf Grund solcher Monopolstellung ganz aus dem sozialen Milieu herauszuheben. Der sozialistische Staat muß notwendigerweise auf eine einigermaßen gleiche Lebenshaltung aller Arbeitenden hinwirken.

Dieser Zwiespalt macht sich schon heute vielfach bemerkbar dort, wo die Arbeiter als Arbeitgeber auftreten, wie z. B. in den Gewerkschaftsbetrieben und in den Kommunen. Früher, als jeder Pfennig Lohn- oder Gehaltsverhöhung mühsam der bürgerlichen Mehrheit abgefragt werden mußte, waren unsere Vertreter in den Gemeinden selbstverständlich für jede Aufbesserung. Sollten sie nun auch heute noch unbefehen jeder neuen Forderung zustimmen, auch dann, wenn die soziale Lage der Fordernden schon heute weit über dem Durchschnitt gleichartiger Kräfte im freien Wettbewerb und weit über dem Durchschnitt derer steht, die durch neue Steuern die Mittel für diese Mehrleistungen aufbringen sollen? Diese Frage ist gewiß in manchen Orten schon so dringlich, daß ernste Sozialdemokraten sie aufwerfen müssen, selbst auf die Gefahr hin, sich von unvernünftigen Vätern „mangelndes soziales Verständnis“ oder gar mangelnde Arbeiterfreundlichkeit vorwerfen zu lassen. Besonders dringlich ist kritische Betrachtung bei Beamtengehältern, wo beim Vergleich mit dem Lohnverdienst der Arbeiter nur zu leicht die etwaigen Zulagen und der hohe Wert der Pensionsberechtigung (mindestens 20 Proz. des Gehalts) und des durch seine Witwenrenten und Konjunktursicherungen gesicherten Einkommens unbeachtet bleibt. Das Gewähren gleich hoher Zulagen für untere wie obere Beamte wird recht oft wie die viele Klassifizierung überhaupt unsozial wirken.

Sozial gesinnte Vertreter dürfen also nicht unbefehen überall gleich hoch zulegen, weil eben eine andere Kategorie eine bestimmte Zulage erhalten hat, sondern müssen stets erst eine Ueberprüfung des vom Einzelnen tatsächlich bezogenen vollen Einkommens (nicht allein Gehalt) fordern, um so Unebenheiten zwischen hohen und niederen Sätzen ausgleichen zu können. Ist es doch längst vorgekommen, daß neue Gemeindevorsteher nachträglich über die Höhe einzelner bewilligter Gehälter erschrafen, als sie zahlenmäßig die Wirkung auf den Einzelnen vor sich hatten. Soziales Streben muß auf Ausgleich der oft sehr erheblichen Einkommensunterschiede hingehen, nicht auf deren Verschärfung. So hilft man den Bedürftigsten.

In diesem Sinne sollten auch die verantwortlichen Kreise der Arbeiterschaft einmal diese Frage erwägen und einer Lösung näherbringen. Dazu aber dürfte unvermeidlich sein, daß eine über den persönlichen Interessen stehende Stelle regulierend eingreift, hier zurückhaltend, dort den Blick und damit die Sympathie der Öffentlichkeit auf eine wirtschaftlich zurückgebliebene Gruppe lenkend und dieser damit den Mut und die Sicherheit des Aufstiegs verbürgend. Innerhalb der einzelnen Berufe geschieht dies schon bisher durch die Gewerkschaften. Das soziale Gemeinwesen verlangt aber zwingend solche Regelung innerhalb der ganzen Bevölkerung.

Zum Schiedspruch im Bankgewerbe.

Gleichzeitig mit der öffentlichen Bankbeamtenversammlung im Lehrerbereinshaus hatten sich die Kassaboten und gewerblichen

Angestellten der Großbanken in den Ruffällen versammelt, um zum Schiedspruch im Bankgewerbe Stellung zu nehmen. Nach einem Referat des Geschäftsführers Weich der Sektion Kassaboten des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die den Schiedspruch ablehnt. Ferner wurden die Bestrebungen, lokale Kassabotenorganisationen zu gründen, beurteilt und diese Organisationen als selbst gekennzeichnet. Lebhaftes Befremden erregte die Mitteilung, daß diese Zerplitterung vom Deutschen Bankbeamtenverein unterstützt wird.

Rein Zeitungsbewerker in Groß-Berlin.

Von kommunistischer Seite war für Dienstag zu einer Zusammenkunft eingeladen worden zwecks Bildung eines Zeitungsbewerkerates. Zu dieser waren Vertreter einiger Berliner Groß-Druckereien erschienen. Die der Einberufer, Herr Carl Edhoff, ausführte, sollte dieser Zeitungsbewerkerat die höchste Vertretung der Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes sein. Zu seinen Aufgaben würde gehören: 1. Vollsozialisierung des Zeitungsgewerbes, 2. Demokratisierung der Zeitungsindustrie, 3. Regelung des Insektanzwesens, kurz alle Fragen, die den graphischen Arbeiter vom ersten Redakteur bis zur letzten Zeitungsausgeberin interessieren. War es schon verdächtig, daß der Vorbereitungsausschuß, der zur Verwirklichung eines Zeitungsbewerkerates bereits früher eingesetzt worden war, nichts mehr von seiner Tätigkeit hören lassen, so erregte es um so größeres Erstaunen, daß jetzt plötzlich gerade von kommunistischer Seite der Bildung einer solchen Körperschaft so reges Interesse entgegengebracht wird.

Zum Glück waren aber Vertreter der graphischen Gewerbe anwesend, die die Verhältnisse ihrer Berufscollegen genau kennen und unschwer den im Hintergrunde schlummernden Gefahren ertrotzen. Gleich der erste Diskussionsredner führte aus, daß für diese Gründung im graphischen Gewerbe absolut kein Interesse vorhanden sei, weil die vielgliedrigen Berufsgruppen in allen Tarifinstanzen und Schiedsgerichten ihre fachmännischen Vertreter schon haben. Das durch feste Tarifverträge verantwortete Arbeitsverhältnis der graphischen Arbeiter beruht in seinen Schlichtungsausschüssen längst eine feste Stütze, und diese Körperschaften haben auch das Vertrauen ihrer Berufscollegen. Nachdem selbst die anwesenden unabhängigen Vertreter sich gegen diese Gründung ausgesprochen hatten, wurde die Gründung eines solchen Zeitungsbewerkerates abgelehnt.

Hinter dem Gründungsplan stecken offenbar tiefere Absichten. Nachdem die Kommunisten sich überzeugt haben, daß die letzten großen Streikbewegungen, wie der Eisenbahnerstreik, Verkehrsstreik und viele andere Bewegungen, mißglückt sind, versucht man jetzt durch den Plan eines Zeitungsbewerkerates die graphische Arbeiterschaft voranzutreiben, um so vielleicht das bisher verfehlte Ziel zu erreichen. Wir können die graphische Arbeiterschaft nur warnen, sich auf solche Projekte einzulassen.

Tarifabschluß für Kassaboten der Feuer-, Einbruch-, Lebens-, Vieh-, Jagel-, Transport-, Unfall- und Gastpflicht-Versicherungen.

Durch Verhandlungen mit dem Verband deutscher Versicherungsunternehmen sollen die Kassaboten obiger Versicherungen nach dem Einnehmerarif entlohnt werden Grundgehalt 225 Mk., Ortszuschlag für Berlin 100 Mk. pro Monat, Dienstalterszulage im 1. 2. und 3. Dienstjahre je 10 Mk. monatlich, nach 5 Jahren weitere 10 Mk., nach 10 Jahren weitere 15 Mk. pro Monat, Kleidergeld 25 Mk. pro Monat, Provisionszulage 75 Mk. pro Monat, Urlaub nach 1 Jahr 6, nach 3 Jahren 12, nach 6 und mehr Jahren 18 Arbeitstage.

Näheres im Bureau, Engelshof 15, vorn 2 Treppen, Zimmer 33. Sobald der Verkehrsstreik beendet ist, erfolgt eingehende Berichterstattung in Versammlungen. Deutscher Transportarbeiterverband (Branche Einkassierer und Kassaboten). J. A.: Fr. Puchow, N 113, Carmen-Str. 29.

Neuer die Lohnverhältnisse in den Eisenbahnwerkstätten werden in der bürgerlichen Presse zum Teil völlig falsche Angaben gemacht. Wie wir einer uns von einem Handwerker übersandten Aufschrift entnehmen, hatte derselbe im Januar 410,10 Mk., Februar 407,85 Mk., März 424 Mk., April 402,80 Mk., Mai 411,90 Mk., Juni 507,80 Mk. als Lohn erhalten. Dies ergibt einen Durchschnittslohn von 432,28 Mk. pro Woche. Der Einsender bemerkt dazu noch, daß er im besten Mannesalter von 26 1/2 Jahren steht und seit 8 Jahren als Gehilfe auch in der Privatindustrie tätig war. Diejenigen gelehrten Kollegen, welche das 27. Lebensjahr überschritten haben, verdienen jetzt 6,15 Mk. mehr oder einen Höchstlohn von 101,38 Mk. im Durchschnitt pro Woche.

Hat der Minister nun zu sagen?

Wir konnten kürzlich mitteilen, daß der Obmann der Reichsbekleidungsstelle Dr. Kaplan auf Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums wieder in die Reichsbekleidungsstelle eingestellt worden ist. Jetzt weigert sich der Leiter der Reichsbekleidungsstelle, Oberregierungsrat Haselau, die Billigkeit dieser Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums anzuerkennen. Gibt es denn auch schon eine Beamtenkommission, welche sich über die Verfügungen der Ministerien hinwegsetzen zu können glaubt? Von der Reichsregierung ist sofort dafür zu sorgen, daß derartige unglaubliche Erscheinungen verschwinden.

Das Bureau Personal der Versorgungsabteilung der Bezirkskommandos 1 bis 6 beschäftigt sich in einer Versammlung mit den dort gezahlten „Gehältern“. Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an:

„In Anbetracht der schlechten Bezahlung für unsere Arbeit und in Erkenntnis dessen, daß wir auf keinem anderen Wege als diesem zu einer Besserung unserer bitteren wirtschaftlichen Notlage gelangen können, bitten wir Unterzeichneten um Anstellung auf den für die B.-Abteilungen bestehenden Zivilvertrag. Die uns gegebenen Versprechen in betreff Wohnungsgeldzuschuß von monatlich 3 Mk. und Kleidung sind in keiner Weise erfüllt worden. Desgleichen sind Geldentlohnungen für Abnutzung unserer eigenen Kleidung und unseres eigenen Schuhwerks bisher von keiner Seite berücksichtigt worden. In der geradezu katastrophalen Notlage, in der wir uns befinden, können Maßnahmen, wie z. B. die in Aussicht gestellte Verlängerung unserer Arbeitszeit ohne gleichzeitige bessere Bezahlung, nicht zur Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit anregen. Indem wir von der Leitung der B.-A. ein einfaches, volles Verständnis für unsere Notlage erwarten, bitten wir uns bis Sonnabend Vormittag 11 Uhr eine endgültige Entscheidung zukommen zu lassen. Sollte wider Erwarten eine solche ausbleiben, so ist bei einer Verzweiflung und erregten Stimmung, die unter uns herrscht, unbedingt mit einer Arbeitsniederlegung zu rechnen.“

Abgehen von einem sehr geringen Prozentsatz auf Zivilvertrag Angehöriger erhalten jetzt 800 Personen ohne Unterschied des Alters und der Familienverhältnisse ein Gehalt von 200 bis 240 Mk. monatlich.

Santmännliche Angestellte der Lederwarenindustrie u. des Schuhgroßhandels. Versammlung heute Donnerstag, abends 1/2 Uhr in den Ruffällen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Berichterstattung über Tarifverhandlungen. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Parteinachrichten.

Von der Vereinigung sozialistischer Beamten in Essen geht ein Schreiben zu, worin sie den auf dem Weimarer Parteitag gefassten Beschluß, innerhalb des Parteivorstandes eine Zentralfelle für die einheitliche Leitung und Zusammenfassung der sozialistischen Beamtenorganisationen zu schaffen, lebhaft begrüßt. Die Vereinigung hat an den Parteivorstand das Ersuchen gerichtet, den Landrichter Genossen Ruben hierfür mit zu berücksichtigen.

Industrie und Handel.

Zunehmende Leistungen im Ruhrkohlenbezirk.

Essen, 8. Juli. Die Förderung nahm in den letzten Tagen etwas zu, ging dann am 1. Juli auf 200 000 Tonnen zurück, um erst am 5. Juli wieder 225 000 Tonnen zu erreichen. Die Fehlziffern in der Wagengestellung betragen in der letzten Woche etwa 2500 werktäglich bei einer Bestellung von durchschnittlich 16 000 Wagen. Somit ist eine leichte Besserung gegenüber der Gestellung an den vorausgehenden Tagen zu verzeichnen. Der Verkauf zu den Kippern in den Duisburg-Ruhrorter Häfen zeigte ebenfalls eine Aufwärtsbewegung. Während in der letzten Juniwoche nur täglich 8000 Tonnen (im letzten Bericht war statt Tonnen irrtümlich Wagen gesagt) geleistet wurden, betrug der Umschlag in dieser Woche durchschnittlich 11 000 Tonnen täglich. Umschlag und Abfertigung der Röhre in den Häfen und Kanalgöben geht nach wie vor glatt von statten bei einer Tagesleistung von rund 26 000 Tonnen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Zunächst ziemlich kühl und übermäßig bewölkt mit weit verbreiteten, im Westen meist geringen, östlich der stärkeren Regengüssen und lebhaften nordwestlichen Winden, stärker von Westen nach Osten fortzudringende neue Aufhellung und Erwärmung.

Verantwortlich für Politik: Felix Müller, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3. Morgen 1 Beilage.

Lepziger Str.
Königsstraße
Moritzplatz
Rosenhaler Str.

A. WERTHEIM

G. Versand-
M. Abt.
B. Berlin W66
H. Leipziger Str.

Preiswerte Wirtschafts-Artikel

Brotschneidemaschinen 17.50	Gemüsekocher 1.50 bis 3.00	Alum.-Schmortöpfe 8.00 bis 18.75	Fleischbretter 4.50 5.40
Fleischhackmaschinen 27.00 32.50 40.00	Gemüsehobel 45 Pf.	Alum.-Fleischöpfe 8.00 bis 14.50	Topfreiniger 60 Pf.
Fruchtpressen 40.50	Brotbüchsen lackiert oval 12.25	Alum.-Kasserollen ^{mit Griff} 8.25 bis 13.75	Scheuertücher 80 Pf. 1.00
Reibmaschinen 9.50 14.00	Brotbüchsen lackiert eckig 16.00	Alum.-Milchtöpfe 8.00 bis 12.50	Bohnerwachs Dose 2.70
Tellerwagen 19.00	Pressen 4.50 5.40	Alum.-Milchkocher 13.50, 16.75	Blitzblank 18 Pf.
Messerputzmaschinen Harras 40.50	Königskuchenformen 90 Pf. 1.10	Alum.-Pfannen 4.00 bis 7.50	Teppichbesen 4.40
Gaskocher 2 Loch 30.50	Lack. S.-S.-S.-Gestelle 4.50	Alum.-Kasserollen ^{mit Seiten} 5.20 bis 12.50	Schrubber 3.20 3.80
Gaskocher 2 Loch, 2 Wärmestellen 49.50	Emaill-Kochkistentöpfe 9.50	Eierschneider 4.25	Scheuerbürsten 1.35 2.50
2 Gaseisen vernickelt, mit Erhitzer 26.00	Emaill-Eimer 9.00	Trinkbecher, emailliert 45 Pf.	Straßenbesen 2.00
2 Gaseisen poliert, mit Erhitzer 24.75	Emaill-Sandeimer 1.75	Isolierflaschen 8.25 bis 11.75	Staubwedel 1.40 1.60 2.00
Elektrische Plätteisen 54.00 63.00	Emaill-Milchkannen 1.70 bis 2.70	Dosenöffner 55 Pf.	Markttaschen 2.00 2.50 3.20
Schlauchwagen 40.50	Emaill-Konsolen s. s. s. 6.75	Tischtuchklammern 18 Pf. 27 Pf.	Robhaarbesen 13.00 16.20
Gartenschlauch 1/4 Meter 14.50	Emaill-Konsole mit Maß 4.50	Gemüsemesser 70 Pf. 80 Pf.	Robhaarhandfeger 6.75 8.00
Waffeleisen 9.50	Emaill-Wandschoner 7.00	Kaffeemühlen, Holz 7.20	Haarbürsten 2.00 2.70 3.60
Kaffeeröster 6.50	Emaill-Durchschläge 3.60 4.50	Wandkaffeemühlen, Holz 7.75	Kleiderbürsten 1.60 2.50 2.70
Gießkannen 6.25 7.75 10.50	Emaill-Siebe ^{mit auswechselbarem Boden} 5.40 5.90	Saftbeutel 2.50	Gasanzünder 27 Pf. 45 Pf.
Blumenampeln 70 Pf. bis 1.80	Kobackapparate 16.50	Schinkenbeutel 9.50	Gühstrümpfe Stehlicht 85 Pf.
Obst-Küchenbleche rund 2.55 bis 3.35	Kochkisten mit 1 Topf 29.00	Butterbrotpapier 1.15	Gühstrümpfe Liliput 75 Pf.
Salatwäscher 1.80 bis 3.20	Einkochapparate m. Therm. 19.80	Wäscheleinen 3.00 5.00 6.00	Gühstrümpfe Liliput 75 Pf.

Emaill-Fleischtöpfe 25 cm 6³⁰ 28 cm 6⁸⁰ 30 cm 8⁰⁰ Emaill-Schmortöpfe 30 cm 12⁶⁰ 32 cm 16²⁰
Korb-Tischlampen sowie Korb- und Holz-Ständer-Lampen in großer Auswahl.